



Nr. 205. Morgen-Ausgabe.

Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 3. Mai 1873.

## Johannes Baptista Balzer.

### Erster Artikel.

Der ehemalige Cultus-Minister v. Mühlner hat schwerlich gehaftet, während er die Welt mit seinen Klagen erfüllte über das himmelschreitende Unrecht, das der Reichskanzler an der päpstlichen Konsistorialkurie in Berlin verübt haben sollte, Leipziger Druckerpressen fleißig arbeiteten, um ein Anklage-Material, wie es durchschlagender wohl noch nie zu Tage gefordert worden ist, gegen den Minister Schützlinge, Krätzig und Genossen, dem großen Publikum zugänglich zu machen. Die Schrift, in welcher dieses geschieht, führt den Titel:

"Johannes Baptista Balzer, ein Beitrag zur neuen Geschichts-Geschichte des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in Preußen von Emil Friedberg, Leipzig bei Duncker und Humblot, 1873."

In den Kämpfen, welche in dieser Schrift zur actenmäßigen Darstellung gelangen, ist der Staat officiell durch das Cultus-Ministerium, in Wirklichkeit aber durch ein Collegium von Räthen vertreten, welches katholische Abteilung im Cultus-Ministerium heißt. Nach dem, was bis jetzt über die Leistungen dieses Collegiums bekannt geworden ist, ist diese Schöpfung des Königs Friedrich Wilhelm IV. zu einer Institution ausgearbeitet, wie sie der antinational Romantismus nur hat wünschen können. Dass der auf Verdummung hinarbeitende und nach Priesterherrschaft strebende Jesuitismus im preußischen Cultus- und Unterrichtsministerium soll seine Vertreter und der antinationale Romantismus selbst zu der Zeit, in welcher Preußen deutscher Beruf sehr scharf urteilt wurde, in demselben Ministerium einflussreiche Missionare haben und daß es diesen Missionären soll gelingen sein, einen Minister nach dem andern — von Mühlner hat nur die ihm von Bethmann-Hollweg hinterlassene Erbschaft angetreten — zu duplizieren und wider Willen zu Mitarbeitern an der Verjesuitung der hohen und niederen Schulen zu machen, — das und noch manches Andere, was in den bisher laut gewordenen Klagen enthalten ist, klingt fast wie Ironie. Eine Nassführung soll dem Jesuitismus in Preußen gelungen sein, wie in keinem anderen Staate, eine Nassführung, wie sie zur Zeit selbst in den Regierungskreisen der romanischen Staaten nicht mehr vorkommt. Wölle Gott, die Zwölfer halten Recht! Über diesen 170 Seiten, von denen 86 urkundlichen Beilagen angehören, gegenüber muß jeder Einwand verstummen. Schwarz auf weiß ist da an den Kämpfen Balzers nachgewiesen, daß die Minister nicht einmal der Preisgebung von Souveränitätsrechten an die römischen Interessen Widerstand, auf Schleichwegen derselben sogar Vorhub leisteten und Verhältnisse schufen, unter denen die Einführung des Stielgebügel-Cultus nur eine Frage der Zeit sein konnte.

Und das ist nur ein Fall.

Welch ein grausiges Bild grausiger Wirthschaft würde vor uns aufgerollt werden, wenn Alle, die der „katholischen“ Abteilung in die Scheeren gerathen sind, mit gleicher Zähigkeit, wie Balzer, begibt gewesen wären und die Acten darüber in allen diesen Fällen, wie im vorliegenden, in die rechten Hände zur Bearbeitung gelangten. Was aber der Cultus-Minister nicht wußte, das nämlich die Jesuiten im Cultus-Ministerium mit den Hierarchen unter einer Decke spielen, das wußte man im Lande. Es wurde deshalb jedwede Rechtsverwahrung als vorausichtlich ganz nutzlos unterlassen. Es durften auch daher wohl nach den vorliegenden ähnlichen Entschlüsse nicht viele mehr zu erwarten sein. Keidliche Sicherheit war nur im jesuitischen Gehege zu finden; bald mit List, bald mit Gewalt wurden die Menschen in dasselbe hineingetrieben. Die Folgen zeigen sich jetzt. Schon hören wir vom Reichskanzler die Besorgniß aussprechen, daß am Ende wohl die Abhülle als zu spät eingetroffen sich erweisen möchte.

Was nun den vorliegenden Fall betrifft, so ist in gebildeten Kreisen im Allgemeinen bekannt, daß der Mann schwere Kämpfe zu bestehen gehabt hat; aber, seine intimsten Freunde ausgenommen, ditzte wohl Niemand eine richtige Vorstellung von der Natur und der Tragweite derselben haben. Es ist das leicht erklärl. Er kämpfte, duldet und schwieg; nur öffentlich provocirt, trat er an die Öffentlichkeit. Dieser Unkenntniß hilft das vorliegende Buch gründlich ab und kommen wir später auf diesen Gegenstand zurück. Auch das ist erklärl, wenn über den Charakter dieses Mannes falsche Vorstellungen im Schwunge sind. Es waren die Dinge sehr bald auf den Punkt gediehen, daß den Gegnern derselben nur die Verläumung als nothdürftige Schußwehr übrig blieb. Aus der Friedberg'schen Schrift ersehen wir, daß selbst die geistliche Behörde, die ihn gegen Verleumdungen hätte schützen sollen, in amtlichen Kreisen an die untergebene Geistlichkeit falsche Vorstellungen bei derselben zu erregen suchte und auch wirklich erregt hat.) Da wir später auf diesen Punkt nicht mehr zurückkommen, so sei folgendes erwähnt: Dem Plane, die dogmatische Professur mit einem Manne jesuitischer Dressur oder gar mit einem feurigen Conventiten zu besetzen, stand der Umstand entgegen, daß es schlechterdings nicht möglich war, Absehungsrunde herbeizuschaffen. Es sollte daher Balzer freiwillig Platz machen. Der Fürstbischof, der hauptsächlich in dieser Richtung thätig war, stellte die freiwillige Resignation als im persönlichen Interesse Balzers gelegen dar, und versprach als Lohn für diese Nachgiebigkeit ein schärferes Vorgehen gegen seinen Antipoden in der Facultät, den Professor Bittner. Die hierauf von Balzer abgegebene Erklärung lautet nach unserer Schrift (S. 127) wie folgt:

„Für meine Person habe ich dabei ein Interesse gar nicht und wenn nicht die heilige Sache mich bei der Professur festhielt, so wäre ich schon längst von ihr zurückgetreten, da dieselbe zehnfach mir verleidet worden ist und durch die fortgesetzten lügenhaften und verleumderischen Angriffe mehr und mehr verleidet wird.“

Neben das Anerbieten schärferer Maßregeln gegen seinen Ankläger Bittner sich zu äußern, hat Balzer nicht der Mühe wert gefunden. Die heilige Sache, die ihn an seiner Professur festhielt, werden wir später in Betracht ziehen. Hier sei nur bemerkt, daß es ein schönes preußisches Kronjuwel war, bei dem er getreulich durch zwanzig lange, schwere Jahre Ehrenwache gehalten hat, da der Posten von den Dienern des Königs verlassen worden war. Was in eines Menschen Kräften steht, hat er gehan, um von der Schule die jesuitische Cor-

ruption fern zu halten. Und als ihm der Bischof noch den letzten kleinen Rest vom Kanonikatseinkommen, in welchem obendrein 600 Thlr. enthalten waren, um welche sein Professorgehalt von 1000 Thlr. bei seiner Berufung in's Domkapitel gekürzt worden war, gestrichen hatte, so daß er auf den Rest von 400 Thlr. reducirt war, so erklärte die „katholische“ Abteilung unter ministerieller Firma, es sei ihm ganz Recht geschehen und nur dem Einschreiten des Fürsten Reichskanzlers ist es zu danken gewesen, daß die Sache eine bessere Wendung erhalten hat, von der aber Balzer keinen Gebrauch mehr machen konnte, da er inzwischen am 1. October 1871 \*\*), als ein Märtyrer der kirchlichen Politik des preußischen Staates, dem er mit Hingabe angehörte“, wie Friedberg am Schluß seiner Geschichtserzählung sagt, gestorben war.

Was wir noch weiter aus der vorliegenden Schrift mittheilen wollen, soll die Leidture derselben nicht überflüssig machen, sondern vielmehr Änderungen über den gewichtvollen Inhalt derselben geben. Getreu seinem Plane, an einem Beispiele das Wirken der „katholischen“ Abteilung darzustellen, hat der Verfasser die Kämpfe übergegangen, welche Balzer mit den Jesuiten in der Soutane zu bestehen hatte; nur wo das Verständnis es erforderte, nimmt er Notiz von denselben. Wie übergehen diese dunkle Partie ganz. Wer die Schrift liest, wird erstaunen über den ungeheueren Reichthum von Mitteln, über welche die siebenfach „geweihten Diener des Herrn“ gebieten, wenn sie sich's in den Kopf gelegt haben. Einem der Thüren das Dasein gründlich zu verbütern. Nur ein Beispiel sei kurz mitgetheilt. Es betrifft das Domkapitel. Ein Schreiben derselben, in welchem neben bitterer Ironie gegen ihnen von Allen, die ihm hätten helfen sollen, im Stück gelassenen Collegen, selbstverständlich der „liebe Schmerz“ eine große Rolle spielt, wurde von Balzer in derselben Stylart beantwortet. Nun hatten die geistlichen Herrn, was sie haben wollten. Eine fulminante Beschwerde an den Bischof folgte. Eine ernsthafte Rüge über unbesorgte Einmischung in Universitäts-Angelegenheiten wäre die richtige Antwort gewesen. Es kam aber anders. Der Bischof ertheilte dem Domkapitel eine glänzende Satzung und diese bestand darin, daß er dem Balzer alle Nebenämter sammt ihren Einkünften abnahm und selbige — das war des Pudels Kern — an seine Collegen vergabte. Damit war aber der unchristliche Sinn, der in dem Schreiben des Professors sollte zum Durchbruch gekommen sein, noch immer nicht genügend rectificirt. Mittels Schreiben vom 21. December 1863 suchte er nun den Zorn der Gewaltigen zu befriedigen und erklärte, daß er das Schreiben, welches die Herren in Hartnäckigkeit gebracht hatte, als nicht geschrieben betrachtet wissen wolle, da er das an ihn gerichtete Schreiben ebenfalls als nicht geschrieben angesehen werde. Nun zeigte es sich, daß das Domkapitel einen Ausgleich gar nicht wollte und es schaute sich nicht, seine bisherige Verfahrensweise als einen Vorwand hinzustellen. Man wird es dem Verfasser Dank wissen, daß er (S. 73) diese drollige Mumien-Geschichte mitgetheilt hat.

Breslau, 2. Mai.

Irgend ein ehrsam Landpastor, der am 22. v. M. das Glück genossen hat, der „von 150 Geistlichen besuchten Pastoral-Conferenz“ in Gnadau beizuwohnen, dessen zahlloser Mund indeß, wie es scheint, auch nicht die einfachste Aufgabe zu knacken im Stande ist, hat sich durch die ermunternden Worte, mit denen die „Provinzial-Correspondenz“ vor Kurzem den bekannten Wahlaufruf aus Schlesien besprochen hat, in die größte Betrübniss versetzt gesehen. Er erhebt deshalb in einem „Die bevorstehenden Wahlen zum Reichs- und Landtage“ überschriebenen Artikel der „Kreuzzeitung“ seine Stimme und ruft Himmel und Erde zu Zeugen des allgemeinen Verderbens an, welchem das neue deutsche Reich, wenn nicht etwa „von conservativer Seite“ geholfen wird, ganz unrettbar verfallen ist. Der Mann Gottes klagt also:

„Man traut seinen Augen kaum, wenn man jetzt die „Provinzial-Correspondenz“ liest. — Raum ist ein Wahlaufruf aus Schlesien an die Deutschenlichkeit getreten, in welchem die Herren Graf Bethy-Schulz, v. Karzdorf, Herzog von Ujest neben Dr. Stein, Ludwig als Unterzeichner stehen, so breitigt sich die „Provinzial-Correspondenz“ schon, von einem Aufruf zu sprechen, der von hervorragenden Männern aller gemäßigten (I) und patriotischen Parteien in Schlesien gemeinschaftlich erlassen worden sei, und die Erwartung und den Wunsch (I) auszudrücken, daß dieses Vorhaben auch in anderen Provinzen der Monarchie Nachfolge finden möge. Also dahin sind wir schon gekommen, daß offizielle Blätter Männer, die 1848 und später, die namentlich auch in den Zeiten des Conflicts gar kein Hehl daraus machten, wie sie die königliche Macht in Preußen zu brechen und parlamentarische Regierung an ihre Stelle zu setzen bestrebt seien, für Patrioten und gemäßigten Parteien angehörig erklären und in ihrer Wahl eine Bürgschaft (I) für die Staats- und Reichsregierung sehen, daß sie Unterstützung ihrer Politik finden werde. Was muß das für eine Politik sein, die sich der Zustimmung und Unterstützung des Dr. Stein und Genossen getroffen.“

So der Herr Pastor. Was hierbei uns betrifft, so belägen wir es zunächst tief und schmerzlich, daß Dr. Stein gerade in diesen Tagen bereit ist und daß er sich das Vergnügen, die an seine Adresse gerichtete Pastoralfrage selbst zu beantworten, vor der Hand noch verlagen muß. Zur Sache selbstindeß glauben wir, die wir uns schmeicheln dürfen, unter die „Genossen des Dr. Stein“ auch gerechnet zu werden, vor Allem die Versicherung abzugeben zu müssen, daß wir noch nie von dem Wahne besessen waren, als hätten wir allen Patriotismus in Generalschaft genommen, daß wir aber andererseits auch den Beweis schon geliefert haben, daß wir es in Beiseß unserer Liebe zu Preußen und auch zum preußischen Königthum ganz getrost noch mit Jedermann aufnehmen können. Das wir derartigen Conservativen, wie dem Verfasser jenes Artikels, nicht als „gemäßigt“ erscheinen, das wundert uns nicht; unter die „Ultra-Demokraten“, wie der Herr Pastor es schließlich auch thut, uns zählen zu lassen, verbietet uns jedoch das ingrimige Veto, welches seit dem Jahre 1866 nichts als einmal von Seiten der sogenannten „entschiedenen“ Demokraten gerade hiergegen erhoben worden ist und welches

\* Als besonderer Ruhm ist der „katholischen“ Abteilung die Zuwendung materieller Mittel an die „katholische“ Sache herausgestrichen worden. In der That mag Mancher, der im Stande war, bei diesen Jesuiten im Frac als determinirten Römling sich zu legitimiren, wohl seinen Schnitt gemacht haben. Wer das nicht konnte, fuhr, wie die Streichung von 600 Thlr. Professorgehalt beweist, minder gut. Die „katholische“ Abteilung hierbei aufzufinden, ist nicht schwer. Im Reiset, wo diese Abteilung nichts zu sagen hatte, stellte sich ein ganz anderes Resultat heraus. Bekanntlich war der Professor Hahn zum General-Superintendenten befördert worden und dieser hat den Gehalt für beide Aemter bis an sein Ende unverkürzt fortbezogen. Friedberg S. 79.

\*\*) Von Friedberg ist irrtümlich 1870 als Todesjahr angegeben.

uns heute noch kräftig genug in die Ohren Klingt. Was die Be schwerde des Herrn Pastors im Übrigen anlangt, so bedauern wir, dem guten Manne, aber, wie uns scheint, nicht ebenso guten Politiker, beim besten Willen nicht helfen zu können. Ihm zu Gefallen wird die Weltgeschichte, und wenn er sich tausend Knacks und ähnliche Sonnen schieber zu Hilfe nähme, nicht rückwärts gehen. Seitdem in den Kriegen von 1866 und 1870—71 die Männer der verschiedensten Parteien Hand in Hand mit einander gegen des Vaterlands Feinde gekämpft und geblutet haben, begreifen wir in der That nicht, wie er am Schlusse seines Artikels behaupten kann: „Es ist doch unmöglich, daß wirklich conservative Männer mit Ultra-Demokraten und Anhängern parlamentarischen Regimenten Hand in Hand gehen können.“ Der gute Mann mag sich darauf gefasst machen, daß noch manche von seinen sogenannten „Unmöglichkeiten“ in der That möglich wird. Auf die Frage aber: „Was muß das für eine Politik sein, die sich der Zustimmung und Unterstützung des Dr. Stein und Genossen getroffen“, haben wir keine kürzere und zugleich klarere Antwort als die: „Die Politik Bismarcks.“

In Bezug auf den Breslauer Aufruf haben wir übrigens die freudige Mittheilung zu machen, daß derselbe auch im Süden die verdiente Ausmerksamkeit und Zustimmung gefunden hat. „Die Norddeutschen Parteiverhältnisse“, schreibt man der „Magd. Ztg.“ unter dem 29. v. Mts. aus Stuttgart, „und vielfach auch für die süddeutschen Staaten maßgebend; was noch von Unterschieden vorhanden ist, wird sich mit der Zeit immer mehr ausgleichen. Das Reich hat im Norden und Süden dieselben Gegner, und so liegt der Gedanke nahe genug, für die künftigen Wahlen alle diejenigen Elemente zu vereinigen, welche die Reichsregierung im Kampf gegen die Ultramontanen und anderen Internationalen zu unterstützen gesonnen sind. Der Gedanke ist zudem für Württemberg nichts Neues; im Wesentlichen ist er hier vielmehr seit dem Jahre 1866 verwirklicht, und es kann sich für uns nur darum handeln, ob die seither bestandene Coalition der nationalgestuften Elemente fortduern soll oder nicht. Eben zur Entscheidung dieser Frage ist die Bewegung wichtig, die in Preußen begonnen hat.“

Die in Fulda konferirenden Bischöfe haben, wie ein Special-Correspondent der Wiener „Presse“ mittheilt, eine allgemeine Bischöfsversammlung für kommenden Herbst in Aussicht genommen, welche über die schwedenden kirchlichen Fragen berathen und den hierarchischen Widerstand gegen staatskirchliche Reformen für ganz Deutschland organisiren soll. So lange die Kirchengesetzgebung nicht Reichssache ist, fehlt, wie auch das genannte Blatt anerkennt, auch nur der formelle Vorwand zu einem derartigen gemeinsamen Vorgehen.

In Österreich drängt die Gründung der Weltausstellung alle politischen Vorhommisse in den Hintergrund. Die Wiener Blätter feiern das Ereignis des Tages in begeisterten Leitartikeln, und auch wir freuen uns mit ihnen, daß das große Werk gelungen ist, daß all die düstern Prophezeiungen zu Schanden wurden, welche das Mißglück des Unternehmens in sichere Aussicht stellten.

Mit besonderer Besiedigung wird allseitig herborgehoben, daß die Weltausstellung des Jahres 1873 in eine Zeit des ungetrübtesten europäischen Friedens fällt. Diesen Gesichtspunkt betont insbesondere die offizielle „Wiener Abendpost“, die ihren Weltausstellungsbartel mit folgenden Worten schließt:

„Möge die Weltausstellung, in welcher die ganze gebildete Welt ein Symptom des ungetrübten Friedens der Völker, für unser Vaterland aber, ein besonders wertvolles Zeugniß der freundschaftlichen Gestimmen erkennen, welche Österreich im Völkerconchte entgegengebracht werden, ihrerseits dem Frieden der Völker neur Garantien schaffen und solcherart nach den erhabenen Intentionen unseres Monarchen, auf Dessen Impuls das große internationale Werk entstanden, zu einem wahren Feste des Friedens und des Völkerglücks werden.“

Das italienische Ministerium hat sich, wie bereits telegraphisch gemeldet wurde, zum Rücktritt entschlossen, nachdem die Deputirtenkammer den Commissionsantrag, der für die Errichtung eines Militärarsenals in Tarent 23 Millionen forderte, angenommen, während der Finanzminister die Ausgabe dafür auf 6½ Millionen beschränkt zu sehen wünschte. Man erinnert sich, daß schon früher dieselbe Kammer das Militärbedarf für zu niedrig befunden und sich damit in einen Gegensatz nicht nur zum eigenen Kriegminister, sondern zu allen Parlamenten der alten und neuen Welt gestellt hatte. Der Fall, daß ein Ministerium zurücktritt, weil das Parlament ihm zu viel bewilligt, hat wenigstens unsres Wissens noch keinen Vorgänger gehabt. Freilich liegt die Schwierigkeit welche die italienische Regierung nach jenem Kammerbeschuß nicht glaubte bewältigen zu können, in nichts Anderem, als in der Beschaffung der von der Kammer in so liberaler Weise bewilligten Gelber.

Über die Lage des französischen Ministeriums äußern sich die neuesten Nachrichten aus Frankreich schon ziemlich beruhigt. Die Wahlsiege, welche die Republikaner in Paris, Bordeaux, Marseille wie in den Departements der Corrèze und Nîmes davontrugen, beweisen — so demonstriert die „République Française“ — zur Genüge, daß das Land wie die Städte einig darüber sind: es sei nur höchste Zeit, daß die Republik endlich eine Wahrheit werde und die Regierung in der National-Versammlung auf den Ausfall der Wahlen mit dem Bemerkten hinweise, sie habe ihre Wahl zwischen Republik und Reaction getroffen und werde auf dem Wege, den Frankreich ihr angewiesen, vorangehen. Das Thiers gar nicht abgeneigt ist, so zu handeln, lehrt, wie ein Pariser Correspondent der „R. Z.“ vom 30. v. M. bemerkt, ein manifestartiger Artikel des „Vie Public“, wonach die liberalen Conservativen zugeben, daß nach den republikanisch ausgesessenen Wahlen nur auf republikanischem Grunde etwas Dauerndes aufgebaut werden könnte. Wenn Thiers in dieser Richtung gegen die Reaction vorgeht, so haben die letzten Wahlen allerdings zur Befestigung der Republik und folglich auch zur Befestigung einer liberalen republikanischen Regierung beigebracht, und es steht zu erwarten, daß, sobald es mit den Royalisten zu Auseinandersetzen kommt, Gouard sich zurückzieht und einem wirklichen Republikaner Platz macht. Die Aengstlichen werden dann wieder Mut fassen, und jene Stimmen, die Barodet erhielt, weil sie Thiers zu einer stärkeren Haltung treiben wollten, werden dann erst recht für die besser unterrichtete und stärker gewordene Regierung einstehen.

Die ministerielle Krisis, welche in diesen Tagen in England ausbrachen drohte, ist, wie der Telegraph schon gemeldet hat, glücklich vorübergegangen. Die Verhältnisse, die dabei in Betracht kommen, waren kurz folgende. Die Opposition hatte sich, wie man sich erinnern wird, neuerdings die Finanzpolitik der Regierung zum Gegenstand ihrer Angriffe ausgesucht und eines ihrer tüchtigsten Mitglieder, Herr W. H. Smith, Abgeordneter für den hauptsächlichen District Westminster, stellte auf die Sitzung vom 28. einen Antrag in Aussicht, „daß, ehe Beschlüsse über eine weitere Reduction indirekter Steuern gefasst werden, daß Haus die Ansichten de-

\*) Dasselbe Mandat hat auch in Rom gespielt. Der Präsident der Congregation, an welchen Balzer appellirt hatte, erklärte einst seinem Abgeordneten, seinem Clienten könne nicht geholfen werden, „da er den weltlichen Arm gegen seinen Bischof ansetzen habe.“ Friedberg S. 75. Das hatte aber gerade der Bischof gelassen, indem er die Disciplinar-Untersuchung gegen Balzer provocirt. Die „heiligen Canones“ verboten das freilich, aber in diesem Falle hatte es der Bischof nicht indicirt erachtet, „Gott mehr zu gehorchen, als den Menschen.“

Regierung über die Aufrechterhaltung und Abjustirung der directen Besteuerung, allgemeine wie locale, kennen sollte". Das Ministerium, welches die Wichtigkeit dieses gewissmachen ein Märtensvotum inbolsirenden Antrags nicht verkannte, hatte durch den Einheitscher die Mitglieder der liberalen Partei dringend einladen lassen, sich recht zahlreich einzufinden, weil eine „Abstimmung von größter Wichtigkeit“ stattfinden werde. Selbst ein conservativer Journalist bezweifelte indeß den Erfolg des Smith'schen Antrages. Derselbe ist denn auch wirklich unter dem Beifall der Ministeriellen verlesen worden.

## Deutschland. O. C. Reichstags-Verhandlungen.\*)

### 24. Sitzung des Reichstages. (1. Mai. Forts.)

(Zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Gründung und

und Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds.)

S. 1 wird fast einstimmig angenommen.

Der § 2 lautet nach der Vorlage: Die dem Reichs-Invalidenfonds überwiesenen Gelder sind zinsbar anzulegen. Ihre Anlegung darf nur in verzinslichen Schuldbescheinigungen erfolgen, welche a) auf den Inhaber laufen oder auf den Inhaber jederzeit umgeschrieben werden können und b) einer der nachstehend verzeichneten Gattungen angehören: 1) Schuldbeschreibungen des Reichs oder eines Staats, vorzugsweise eines deutschen Bundesstaats; 2) Schuldbeschreibungen, deren Verzinsung vom Reiche oder von einem Bundesstaat garantiert ist; 3) Schuldbeschreibungen deutscher kommunaler Corporationen (Provinzen, Kreise, Gemeinden u. s. w.), sowie deutscher Meliorations- und Deichgenossenschaften; 4) Prioritäts-Obligationen deutscher Eisenbahngesellschaften; 5) Pfandbriefe landshaftlicher, kommunaler oder anderer, unter staatlicher Aufsicht stehender Bodencredit-Institute Deutschlands, sowie deutscher Hypothekenbanken auf Aktien; 6) Rentenbriefe der zur Vermittelung der Ablösung von Renten in Deutschland bestehenden Rentenbanken. Die zeitweise zinsbare Anlegung entbehrlicher Geldbestände des Fonds in Schatzanweisungen des Reichs oder eines Bundesstaates in Lombarddarlehen oder inländischen oder auf Gold lautenden ausländischen Bechern ersten Ranges wird durch vorstehende Bestimmungen nicht ausgeschlossen.

Die Commission hat den Kreis der definitiven Anlagenformen durch Bestellung der unter Nr. 3, 4 und 5 aufgezählten Werthe und der Lombarddarlehen (welche sie jedoch für das Provisorium, d. h. bis zum 1. Juli 1876 zulassen will) in nachstehender Weise erweitert:

Die dem Reichs-Invalidenfonds überwiesenen Gelder sind zinsbar anzulegen. Ihre Anlegung hat vorbehaltlich der Bestimmung in § 3 (betr. das Provisorium) nur zu erfolgen in verzinslichen Schuldbescheinigungen, welche a) auf den Inhaber laufen, oder auf den Inhaber jederzeit umgeschrieben werden können und jeftens des Gläubigers unkündbar sind, und b) einer der nachstehend verzeichneten Gattungen angehören: 1) mit gesetzlicher Ernächtigung ausgestellte Schuldbeschreibungen des Reichs oder eines deutschen Bundesstaats; 2) Schuldbeschreibungen, deren Verzinsung vom Reich oder von einem Bundesstaat gesetzlich garantiert ist; 3) Rentenbriefe der zur Vermittelung der Ablösung von Renten in Deutschland bestehenden Rentenbanken. — Eine Veräußerung der folgerichtig erworbenen Schuldbeschreibungen ist nur in den durch dieses Gesetz bestimmten Fällen (§ 8 und 9) zulässig. Der Umtausch kleinerer Stücke gegen grössere derselben Sathung und in demselben Gesamtbetrag — oder umgekehrt, welcher bei dem Schuldner erfolgt, wird durch diese Bestimmung nicht ausgeschlossen.

Abg. v. Benda beantragt für den Fall der Annahme der Commissionsbeschlüsse als Nr. 4 hinzuzufügen: Schuldbeschreibungen deutscher kommunaler Corporationen (Provinzen, Kreise, Gemeinden u. s. w.), welche einer regelmässigen Amortisation unterliegen.

Abg. Hirschberg, v. Roggenbach und Genossen, darunter Friedenthal und v. Kardorff, beantragen die Nr. 3, 4 und 5 der ursprünglichen Vorlage wieder herzustellen.

Bundesbedolmächtigter Camphausen: Ein Gegensatz zwischen den Regierungen und Ihrer Commission wird nicht bestehen, soweit es sich darum handelt, Garantien zu schaffen gegen einen Missbrauch dieses Fonds, auch soll der Fonds nicht benutzt werden, um für verschiedene Zwecke einen „Goldregen“ einzutreten zu lassen. Das Geld soll überhaupt nicht umsonst gegeben werden, wie es beim Regen der Fall ist (Heiterkeit), es wird vielmehr darauf ankommen, für den Invalidenfonds möglichst hohe Zinsen zu erringen. Derselbe als Person betrachtet wird ziemlich lange als Käfer, aber die ganze Zeit als Verkäufer auftreten müssen. Da ist es nun für ihn das angemessenste, wenn er seine Nachfrage auf möglichst viele Objekte erweitern kann nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage. Das Streben der Commission, diese Objekte einzuschränken, kann vom politischen Standpunkte aus ein Vortheil sein, vom wirtschaftlichen ist er von vorhernein ein entscheidender Nachteil. (Sehr richtig! rechts.) Sie bewirken dadurch nur, daß die Preise der Waaren, die der Invalidenfonds kauft, vertheutert werden. (Bestimmung rechts.) Die Regierungen waren der Ansicht, daß zwar nicht Objekte aller Art gekauft werden können, daß man Schuldbeschreibungen

und hypothekarische Darlehen ganz vermeiden soll, sie haben aber unter den Inhaberpapieren, deren Würdigung einem großen Theil des Publikums tagtäglich möglich ist, viele Papiere ausgesucht, die für diese Fonds brauchbar wären. Sie haben sich dabei nicht verhebt, daß sie bei der Auswahl dieser Papiere neben dem Hauptzweck auch noch einen Nebenzweck erreichen müssten. Es mag dies eine unrichtige Auffassung sein, mir scheint es, daß es ein Vorsprung ist, wenn man neben dem Hauptzweck, womit man die Sache fördert, gleichzeitig einen Nebenzweck erreicht im öffentlichen Interesse, so halte ich das für einen entschiedenen Vorsprung. (Sehr richtig! rechts.) In § 2 sind Ihnen nun die Papiere vorgeschlagen, an die sich ein solcher Nebenzweck knüpft kann; wahrerstanden enthält aber § 2 nur die Zulassung, nicht den Zwang, solche Fonds zu kaufen. Die Verwaltung des Invalidenfonds wird solche Fonds nur so weit kaufen, als sie dem wahren Zweck des Invalidenfonds unbedingt entsprechen, und wenn die Verwaltung davon abweichen sollte, so würde sie nicht in dem Geiste der Ihnen gemachten Vorschläge handeln.

Ob nach dieser Richtung hin vielleicht Cautelen anzubringen wären, will ich dahin gestellt sein lassen. Aber nach der Idee der Vorlage wird die Verwaltung stets und vor Allem das Interesse des Fonds ins Auge zu fassen haben und diese andere Aufgabe der Nebenzwecke nur dann und in so weit zu berücksichtigen haben, als die Erfüllung dieser Zwecke mit dem Hauptzweck vollständig im Einklang steht. Ich habe darauf hingewiesen, daß der Fonds nicht allein als Käufer, sondern auch als Verkäufer auftreten haben wird. So viel mir erinnerlich, wird die Differenz zwischen dem Quantum, das zur Berechtigung der Invalidenpension erforderlich ist und zwischen den Zinsen, die man bei einer vortheilhaftesten Anlage des Fonds erwarten kann, schon für die ersten Jahre mehrere Millionen betragen, und wird schon für das erste Jahr sich auf 4 bis 5 Millionen belaufen. Faßt man diese To perspektiv in's Auge, was würde denn eigentlich das Ideal der Einrichtung sein, was würde denn eigentlich diejenige Einrichtung sein, bei der auch alle politischen Besorgnisse am vollständigsten vermieden werden? Das wäre die Einrichtung, wenn man solche Effecten kaufen könnte, die staffellweise amortisiert werden, wo für jedes Jahr im Voraus sich berechnen ließe: in diesem Jahre wird so und so viel fällig und muß so und so viel eingelöst werden und die ganze Verwaltung hat sich mit all den Fragen wegen der Neuverlegung und Veräußerung des Fonds gar nicht mehr zu quälen. (Sehr richtig! rechts.) Einer solchen Einrichtung kann man sich nähern, wenn man die Anlage der Fonds ausdehnt. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, daß Kreiskrediten schon jetzt mit starken Obligationenfonds reicht sind, die in längstens 25 Jahren zu tilgen sind und bei denen man im Voraus sehr genau berechnen kann, wann die Amortisationsquanta verfallen. Nun bin ich der Ansicht, daß eine solche Obligation ein sehr wertvoller Besitz für den Invalidenfonds wäre. Ich bin ferner der Ansicht, daß, wenn Sie sich gegen einen Art Willkür wappnen wollen, daß Sie dann die Willkür mit offenen Händen zulassen. (Heiterkeit.)

Denn, meine Herren, Sie wollen in Anerkennung der Nothwendigkeit den verbündeten Regierungen und der Verwaltung des Invalidenfonds die Befugniß geben, bis zum 1. Juni 1876 Fonds von verschiedener Art zu erwerben, unter Anderen Schuldbölgungen auswärtiger Staaten. Mr. H., in diesem Punkte allein liegt eine gewaltige Machtvollkommenheit. Ich befürchte die königliche Verwaltung um diese Machtvollkommenheit nicht. Wenn die Verwaltung nur die Bequemlichkeit ins Auge-saht, dann würde man ja nur wünschen können, daß das Ganze so schablonenhaft wie möglich eingerichtet würde. Die Schablone aber fällt vollständig fort, sowie zugelassen wird, daß Anleihen auswärtiger Staaten genommen werden dürfen, manchmal fällt sie dann fort, wenn man sich einigermaßen zu den Ansichten bekennt, die Herr Bamberger neulich mit de n Schwarzen, der ihn in Goldsachen auszeichnet, hier Ihnen entwickelet hat. Er hat nachgewiesen, von welchen Gefahren unserer Gemeinwesen bedroht ist, wenn die Capitalienfälle, die ihm zuströmten, eine allzu einseitige Verwendung finden sollten, und wenn man die Fonds nicht auch in Anleihen auswärtiger Staaten anlegte. Auch ich weise darauf hin, welche grohe Vortheile es haben könnte, Anleihen auswärtiger Staaten zu besitzen. Ich brauche kaum daran zu erinnern, daß, wenn sich unsere Phantasie mit Schreckbildern füllen sollte, wenn wir noch mal einen Krieg erleben sollten — ich wünsche ihm nicht zu erleben — daß dann der Besitz eines großen Quantums ausländischer Anleihen außerordentlich erwünscht sein würde, für uns außerordentlich vortheilhaft wäre, indem man in dem Zeitpunkte, wo das inländische Capital auf einmal gewaltig in Anspruch genommen wird, in der Lage sein würde, sich die Hilfe des Auslands zu erzwingen. (Aruhe.) Ich weise die Bedeutung nur hin, meine Herren, ich wollte nur darauf aufmerksam machen, daß mit solcher Bestimmung der Verwaltung des Invalidenfonds, resp. dem Herrn Reichskanzler, der die desselben Dispositionen über den Invalidenfonds zu treffen haben wird, die schwere Last erwächst, und daß ich glücklich bin, nicht die Verpflichtung erfüllen zu müssen, in diesem Sinne wirken zu müssen.

Ich erkenne nun an, daß die Gefahr der Einschrankung der Kaufobjekte sich vermindert durch den vorgeschlagenen Verlängerungsstermin von etwas mehr als drei Jahren. Sie würde sich noch mehr vermindern durch eine grössere Verlängerung und ich habe mit grossem Vergnügen vernommen, daß der Herr Referent auf solche weitere Verlängerung des Termins kein entscheidendes Gewicht gelegt hat. Die Aufgabe muß sein den Fonds so vortheilhaft anzulegen, daß man mit Gewissheit der Zukunft entgegen

sehen kann, wo die Realisation des Fonds einzutreten hat, und diesem Terme wird man um so ruhiger entgegen sehen können, je größer die Zahl der als zulässig erachtenden Kaufobjekte sind. Wenn Sie nun alle diese Vortheile und Nachtheile gegen einander abwägen, so werden Sie schließlich doch zu den Vorschlägen der Regierung zurückkehren. Wenn ich ein so potenter Käufer wie der Reichsinvalidenfonds auftrete so wird er sogar bis zu einem gewissen Grade den Preis der Objekte und die Kreisung von Schuldbölgungen sowie ihre Verfolgszeit vorzuschreiben in der Lage sein. Dadurch würde zugleich jede Willkür bei der Auswahl der einen oder der anderen Obligation vermieden werden können. Ich bin überzeugt, daß die eingesetzte Verwaltung sich von nichts fern halten wird als von der Willkür; das einzige, was man von ihr vielleicht zu befürchten hat ist, daß sie möglicherweise nicht den moralischen Mut haben möchte, solche Geschäfte zu machen, die dem Fonds nützlich sind, von denen sie aber von vorhernein weiß, daß sie bei der Landesvertretung eine gewisse Mehrstimme erregen könnten. Nach alle diesem glaube ich Ihnen die unveränderte Annahme der Vorlage der Bundesregierung empfehlen zu können.

Abg. Lasker: Ich freue mich, daß durch die Einleitung des ersten Herrn Vertreters des Bundesrats der Standpunkt infolfern richtig gestellt worden ist, daß ein prinzipieller Gegensatz zwischen den Regierungen und dem Reichstage nicht existiren und nur die Frage der praktischen Zweckmäßigkeit erwogen werden soll, indem auch von den Regierungen zugestanden wird, daß hier politische und wirtschaftliche Gründe neben einander zu laufen berechtigt sind. Wenn eine Capitalanlaufung von 250 Millionen stattfinden soll, davon 187 Millionen für 30 bis 40 und mit einigen Nachwirkung sogar für 60 Jahren hin und hierfür die Verwaltung constituiert werden soll, so können wir nicht mit Factoren rechnen, die wir heute beurtheilen. Solche Berechnungen sind trügerisch. Als z. B. die von dem gegenwärtigen Herrn Finanzminister vorgeschlagene Consolidation in Preußen vorgenommen werden sollte und als bedenklich herorgehoben wurde, 4½ procentige Papiere für 15 Jahre unkündbar zu machen, wurde dagegen erwähnt, daß sie gar nicht in Aussicht (hört! rechts), daß etwa 4 procentige Papiere in absehbarer Zeit wieder auf pari steigen sollten. Nun sind nach zwei Jahren Ereignisse eingetreten, die nicht vorausgesetzt werden konnten und hier handelt es sich um zwei Menschenalter. Exemplificationen an dem, was heute vorgeht, werden keine zuverlässige Rechnung ergeben: wir stehen hier vor einer Operation, bei der wir nebensächliche Berechnungen aus dem Spiele lassen und weit, große Grundsätze aussuchen müssen. Der Herr Finanzminister hat mit Recht herorgehoben, daß es nützlich sei, einen weiteren Kreis der Ankaufsobjekte zu schaffen. Aber die Anwendung dieser Regel ist sehr beschränkt. Beauftragte ichemanden, für mich einzukaufen, was er will, so ist diese Anweisung wirtschaftlich nicht nützlich. Der Beauftragte ist im voraus dispenziert, wenn er mir etwaige grosse Nachtheile zufügt, und der Vorsticht setzt sich durch solche Anweisungen dem nicht aus. Finanzgekte lassen sich nicht nach generellen Anweisungen machen. Als der sonst unfähige Gedanke des Invalidenfonds zuerst ins Publikum kam, waren viele damit nicht einverstanden.

Die Weglegung eines Fonds für Staatszwecke war in den Einzelstaaten bisher unerhört. Es knüpften sich damals sehr grohe Erwartungen an den Invalidenfond. Da zufällig g. damals die Hypothekennot herrschte, so schlügen viele vor, diesem Mangel des ländlichen Grundbesitzes mit Hilfe des Invalidenfonds zu steuern. Dieser Vorschlag hätte schon im Ganzen der Idee des Invalidenfonds viele Gegner gemacht, für mich würde aber der Gedanke des Invalidenfonds durch folgende Betrachtungen getragen. In einem Einzelstaate ist es nicht praktisch, Fonds für eine künftige Verwendung hinzulegen. Im Reichstag aber war die Frage zu entscheiden, sollen wir für die Invaliden die Ausgabe in Zukunft durch Matrillarbeiterträge aufbringen und legt die Capitalien den Einzelstaaten geben, oder sollen wir lieber in der besseren Position den Einzelstaaten gegenüber auftreten, daß wir ihnen jetzt das Geld nicht geben, wohl aber bereit sind, ihren Bedürfnissen in Form von Anleihen entgegenzutreten und dann als ihre Herren, als ihre Gläubiger von ihnen Zinsen zurückzuverlangen. Für mich war die Anlegung des Invalidenfonds eine rein politische Frage. Ich wollte darin die Herrlichkeit des Reiches über den einzelnen Staaten recht stark ausgedrückt wissen und hatte zugleich den Zweck, daß wir unter Geld, welches wir für die Invaliden liquidiert haben, für die Invaliden verwaren, selbst verwalten wollen und nicht ihn den einzelnen Staaten anvertrauen und ihren Zersplittern Finanz-Bewaltung. Denn würde in irgend einem einzelnen Staate mit diesem Bilde schlecht gewirthhaftet, so wäre nach kurzer Zeit der Segen des Reichs vergeßt, man würde das Reich als einen sehr belasteten Schuldner für die Invaliden fühlen und es würde dadurch viel Missbehagen im Reiche geschaffen. Das wollen wir nicht. Darum habe ich mich von vorhernein für den Invalidenfond nicht in Form definitiver Eigentumsabgabe, sondern in Form von Darlehen an die Einzelstaaten entschieden. Was diese für sich fordern können, ist geschehen; sie erhalten das Geld zu den Zwecken, zu denen sie es haben wollen, und sie geben dann die Invalidenabgaben nicht zurück in Form der verhältnissamen Matrillarbeiterträge, mit denen viel Agitation gegen das Reich getrieben werden kann, sondern als Schulden, die ihre eigenen Schulden an den Staat abzahlen.

Das ist ein einfacher, klar und beherrschender Gedanke; auf diese Weise können wir uns auf das ungewöhnliche Experiment einlassen. Damit aber schlagen Sie auch alles dasjenige Gerede, welches jetzt schon so vielfach in der Öffentlichkeit auftritt, als ob wir eben dabei wären einen so

schmack des Publikums Rechnung zu tragen, sondern lehrt auch durch Aufstellung von auserlesenen Delgemälden lebender Künstler die Aufmerksamkeit der Kunstslebhaber in immer höherem Grade auf sich. Die Bestätigung wird durch die dankenswerthe Freundschaft des Inhabers erleichtert; am besten empfehlen sich die späten Nachmittagssunden für den Besuch, da zu dieser Zeit die Locale das günstigste Licht bestehen.

Unter den ausgestellten Bildern fesselt vorerst die große Landschaft von Oswald Achenbach mit einem Motiv aus der Umgebung von Rom. Auch in diesem Bilde hat der vor treffliche Künstler den Ruf höchster Meisterschaft in der italienischen Landschaft, welchen wir erst auf der vorjährigen Ausstellung in dem hiesigen Stände hause, so wie der akademischen in Berlin zu bewundern Gelegenheit hatten, aufs Neue gerechtfertigt. Er führt uns nicht die allbekannten Motive der Landschaften aus der Nähe Rom vor, wie die Ibe Campagna mit ihren Büffelherden und einsamen Ruinen oder die freundlichen Höhen des Sabinegebirges oder die imposanten Wasserfälle von Tivoli, sondern er hat einen Punkt zur Darstellung gebracht, der sich wohl kaum bloßer einer malerischen Behandlung erfreut hat. Wir befinden uns nämlich vor dem Thore St. Paolo, der alten porta Ostiensis, wo einstmals der Weg nach der alten Hafenstadt Ostia führte. Man erblickt noch einen Theil der vom Kaiser Aurelianus angelegten Stadtmauer, welche hier unmittelbar an die im Vordergrunde zur Linken stehende Pyramide des Caius Cestius angebaut ist. Dieses berühmte Grabmonument, das großartig und am besten erhalten im heutigen Rom, ist in seiner ganzen Größe — sie misst 165 Fuß in der Höhe und hat eine Basis von 130 Fuß — dargestellt. Es stammt aus der besten Periode römischer Architektur, denn es ist zur Zeit des künstlerischen Wippsanus Agrippa, dessen Name auf einer der erhaltenen Inschriften noch erwähnt wird, kurz vor dem gänzlichen Fall der römischen Republik erbaut worden. Der mächtige Backsteinbau ist ganz mit weißen Marmorquadern bekleidet; vor ihr stehen zwei antike, vom Papst Alexander VII. wieder ausgegrabene und von neuem zusammen gesetzte Säulen, einsam und verlassen in die menschenleere Weite blickend, als ob sie den Wechsel der Zeiten bezeugten. Gerade vor uns liegt der durch eine große Anzahl prächtiger Grabmonumente und hoher Bäume sich auszeichnende protestantische Kirchhof, auf welchem gar mancher unserer Landsleute, welchen ein unerwarteter Tod mitten in den Freuden des schönen Italiens ereilt, schlafet; erst zu Anfang dieses Jahrhunderts wurde es gestaltet, daß die Ruhestätte protestantischer Kerze durch eine Steinmauer vor Zerstörung und Verunreinigung bewahrt wurde. Vor demselben dehnt sich ein weiter Platz mit üppigem Graswuchs aus, dem soeben ein schlichtes Landmädchen einen Theil seines Segens entnommen hat. Und weiter Ferne, von mindestens einer halben Stunde, sieht man sich die ewige Stadt in majestätischer Größe ausdehnen, vornehmlich ragt aus ihr St. Peters wunderschöner Dom erleuchtet hervor. Das Motiv ist also, abgesehen von dem

antiquarischen Interesse, in landschaftlicher Beziehung nicht übermäßig anziehend und steht hundert anderen aus dieser Gegend an Reiz nach. Aber der Künstler hat seinem Gegenstande durch geistvolle Aufsössung der Natur und namentlich durch die mestherhafte Beherrschung des Colors einen ergreifenden Zauber verliehen. Auch in diesem Bilde finden wir die Oswald Achenbach eigene Leuchtkraft der Farbe, welche noch durch das Licht der untergehenden Sonne effektiv gesteigert wird. Aber hier ist kein einsitzer, kein mühsam gesuchter Effect, sondern jene frappirende Wirkung, welche die höchste Naturwahrheit durch ihre eigene Kraft zu erzeugen versteht. Der Horizont erscheint durch die Strahlen der scheinenden Sonne in leuchtendem Purpurrot, das sich in matteren Nuancen auf dem Saum der ziemlich dichten Wolken reflektiert; leck guckt dazwischen ein kleines Stück blauen italienischen Himmels hindurch. Auch an den breiten Häuptern der hochstammigen Platanen auf dem Kirchhofe malt sich gar lieblich die sanfte Abendröthe. Im ganzen Vordergrunde haben wir Schatten; hier rangt energisch gegen die vom Staub der Jahrhunderte grau gewordene Pyramide das frische, saftige Gras in der unmittelbaren Nähe und fesselt den Betrachter in einem solchen Grade, daß ihm die vielen scharf abgeschnittenen Parallelenslinien der Kirchhofsmauer und der behauenen und noch unbauenen Wiesenstücke nicht störend auffallen, eine Schwierigkeit, welche nur die wahre Kunst zu überwinden vermag. Alle diese herrlichen Farbenidine aber liegen unter einander wieder zu einer vollendeten Harmonie zusammen.

Ein glückliches Schicksal hat diesem Bilde ein zu den interessantesten Vergleichen herausforderndes Gegenstück gegenüber gestellt. Es ist dies der Thuner See mit dem Stockhorn von unserem Landsmann, dem Grafen Harrach. Auch hier ist die sinnige Beobachtung der Natur bewundernswürdig, zu welcher dem Künstler um so mehr Gelegenheit gegeben ist, als er an diesem See eine Villa besitzt. Es ist die schönste Morgenstunde dargestellt; noch ist die ganze Gegend in einem düsteren Nebelmantel gehüllt und beim ersten Anblick weiß man sich in den riesengroßen grauen Fleck, welcher den Nebel bezeichnet, nicht hineinzufinden. Aber bei längerer Betrachtung beginnt er sich zu lockern und zu lösen, es ist Fluss und Bewegung darin, wir sehen, wie er zu Thal nie versteckt und einem heiteren Tage das Feld räumt; schlüchtern schimmt durch ihn die lieblich grüne Farbe des Alpensees hindurch. An einer Stelle ist er bereits durchbrochen und durch diese Luke erblicken wir das eis- und schneedeckte Stockhorn, dessen Haupt der junge Tag mit der Gluth feuriger Liebe läuft, wodurch ein dem bekannten Abendglühnen ähnliches Phänomen entsteht. Weit durch das ganze Achenbach'sche Bild der Hauch erquickender Wärme, so herrschen hier die kalten Tage vor. Neben diesem großartigen Naturschauspiel ist von besonderem Werthe die breit ausgestrahlte Staffage im Vordergrunde. Auch die Insassen der zahlreichen am Ufer liegenden kleinen Fahrzeuge hat der Tag zu neuem Leben erweckt; noch schlafstrunken und die Glieder dehnend eilen sie an die gewohnte Arbeit. Hier er-

Die Kunstsammlung von F. Karsh hat sich, seitdem sie in den schönen und lichten Räumen des neu erstandenen Stadttheaters verlegt ist, nicht bloss eifrig bemüht durch reichen Vorwahl treffsicher Werke aus allen Gattungen der vervielfältigenden Kunst dem Bedürfnisse und Ge-

großen Fonds niedergezogen. Daraus ist kein wahres Wort. Wenn wir die Metallvorräthe anhäufen, wenn wir in irgend einer Weise die Gelder aus dem Verkehr ziehen wollen, so würde allerdings eine unproduktive Anlage bewirkt werden sein. Das ist aber keineswegs der Fall, sondern wir geben das Geld für die Schufversicherungen sofort hinaus und wir wenigstens sind nicht diejenigen, die das Geld unproduktiv niederlegen, sondern wir ziehen es bloss ein nach Bedürfnis, wie die Invaliden Gehälter fällig werden. Nun sage ich mir: nach dieser Auseinandersetzung gestaltet sich die Antwort, die wir für die uns ansteht, anscheinend so schwierige Frage zu geben haben, sehr einfach. Ist Aussicht vorhanden, daß innerhalb einer begrenzten Zeit die deutschen Staaten sowiel an Anleihen contrahieren werden, als wir für diesen Fonds brauchen? Und die Beantwortung dieser Frage hätte ich klar gewußt aus dem Munde des Vorredners, des vielleicht kompetentesten Urtheils in diesem Hause. Das würde mich viel mehr belehrt haben, als die allgemeine Regel, die uns nicht viel voraus bringt. Denn wir haben es in der That nicht mit wirtschaftlichen Anlagen zu thun; ich wünsche auch in der Beziehung nicht etwa eine definitive Auskunft, sondern ich möchte die Frage nur dahin beantwortet wissen: ist es unmöglich, daß innerhalb der drei Jahre so viele Staatsanleihen von den einzelnen Staaten aufgenommen werden können, als wir hier wünschlich haben, oder ist die Möglichkeit mit einiger Wahrscheinlichkeit anzunehmen? In diesem Falle glaube ich, daß ab dann die natürliche Vertheilung der Gelder stattfindet, und ich spreche gerade zu denjenigen Herren, welche ja sehr begierig darauf sind, so viel wie möglich die Gelder an die einzelnen Staaten zu vertheilen, wie wir Ihnen in Nr. 2 vorschlagen; nur ist diese Vertheilung an die einzelnen Staaten eine Vertheilung nach Bedürfnis, der Staat braucht es nicht zu bekommen, der kein Bedürfnis nach dem Gelde hat; denn die Verzinsung macht tatsächlich keinen Unterschied. Die Verzinsung würden Sie, wenn sie das Geld selbst bekommen würden, als definitives Eigenthum in Form von Matrikulärbeiträgen wieder geben müssen.

Giebt es wohl einen praktischeren Ausweg, alle Gedanken zu vereinigen, die anscheinend in diesem Hause zerplätzen füßen? Diejenigen, welche die Herrlichkeit des Reiches allem Anderen voranstellen, sind ganz befriedigt, wenn nur das Reich nicht von den Matrikulärbeiträgen abhängig gemacht wird, sondern seinen Titel auf Zinsen behält, und diejenigen, die am günstigsten für die Einzelstaaten gestimmt sind, erreichen, daß die Vertheilung an die einzelnen Staaten erfolgt und keinerlei Nachteil damit verbunden ist. Wenn nun aber die Möglichkeit nicht vorhanden sein sollte, daß die einzelnen Staaten die Anleihen aufzutragen, so glaube ich, daß wir dann nicht gut thun, die wilde Jagd nach diesem Gelde zu eröffnen. Die eingebrachten Aufträge beweisen mir, daß ein wahrer Concurrentenmarkt für die Geber eröffnet wird, daß die Privatinteressen mit entfesselt werden, um bei der Theilnahme an diesen Geldern zu concurren. Mit der Regierungsvorlage werden Sie Schritt die abschließende Bahn hinuntergezogen. Wenn ich überzeugt wäre, daß mit Staatsanleihen die Mittel nicht belegt werden können, so würde ich einen zweiten, großen Grundatz aussuchen, den nämlich, daß wo das Ganze des Staates nicht eintritt, Theile des Staates eintreten; das sind Communen, Provinzen und alle, die staatsähnliche Bedürfnisse haben. Das ist die zweite Stütze, denn auch hierin wird vermutlich in der nächsten Zeit besonders in Preußen ein sehr großer Begehr eingetreten, wenn wir die Staatsverwaltung in einem weiten Umfange entfesseln. Es würde diese Freiheit zusammentreffen mit einer sehr glücklichen Periode eines Aufschwungs communaler Unternehmungen. Aber wollen Sie dann weiter gehen, so bleiben Sie nicht mehr bei dem öffentlichen Interesse stehen, sondern es kommen sofort Privatpersonen, gleichviel ob diese Privatpersonen in Form von Genossenschaften oder gar in Form einzelner Personen auftreten. Wie sind wir nach und nach immer weiter gezogen worden! Erst werden die Prioritätsobligationen deutscher Eisenbahngesellschaften genommen. Da ist dann gar kein Zweifel gelassen, daß wenn es wirklich ein Vortheil für die Darlehnssucher giebt, bereite Geldmittel zu haben, nur ein bestimmter Stand der Industrie begünstigt ist.

Darauf kommt natürlich das landwirtschaftliche Gewerbe und liquidiert auch seine Bedürfnisse in Form von Pfandbriefen. Erst sollen es landschaftliche Pfandbriefe sein und dann kommunale. Dann müssen Sie aber weiter gehen; das genügt nicht mehr, denn die Anderen sagen: Da ist ja für euch ein Priviliegum geschaffen! Wodurch sind denn diejenigen, die einer Landchaft angehören, in ihrem Privat-Eigentum besser gestellt, als diejenigen, die einem solchen Verbande nicht zugehören. Da gehen Sie eine Stufe niedriger: auch diejenigen, die unter Staats-Aufsicht stehen, sollen daran teilnehmen. Daß die Staatsaufsicht, namentlich wie sie heute gehandhabt wird, so gut wie gar keinen Wert hat in Bezug auf Sicherheit, ist ja für uns Alle ein öffentliches Geheimnis. Aber Sie werden nicht stehen bleiben können, sondern eine Stufe weiter gehen müssen, und da kommen Sie nach Süddeutschland. Dort kennen wir diese Institute gar nicht; da haben wir für Süddeutschland eingeschaltet die Hypothekenbank auf Aktien, und nun kommt die norddeutsche Hypothekenbank auf Aktien und sagt: ich bin zwar etwas weniger solide, aber man kann einen solchen Unterschied zwischen Norden und Süddeutschland nicht machen, und nun sind Sie bei der Fülle der Creditgeschäfte angekommen, welche die lustigen Geschäfte heute machen, von denen Sie wissen, daß sie die Träger des Grundungswesens sind und deren Solidität für die nächsten Jahre sich noch bewährt soll, bis heute aber noch nicht bewährt ist. Ja, Sie können kein Komma aus einem Punkt machen, sondern Sie werden nach und nach hinuntergezogen. Wenn Sie

den einen Gedanken aufgeben und einen leitenden großen Gedanken haben, und wie Sie begonnen haben, mit wirtschaftlichen Rücksichten, um Vortheile zu wenden, da müssen Sie, um nicht eigenmäig zu erscheinen, immer tiefer herabsteigen bis auf die Hypothekenbanken auf Aktien auch in der Art, wie es in unserer unmittelbaren Nachbarschaft betrieben werden. Operieren Sie nur mit den großen Gedanken, denen welche Garantie haben Sie auch für die Sicherheit einer Hypothekenbank nach 50—60 Jahren? Vergessen Sie nicht, daß Sie die Veräußerungsbefugnis beschränken, denn dies schlägt schon in die Controle der Landesverwaltung hinüber. Es würde unwirtschaftlich scheinen, wenn Sie Institute hineinnehmen, deren Veränderung von ihrem freien Willen abhängig ist.

Schreiben Sie noch dazu hinein, die Veräußerung darf doch nicht erfolgen, so scheint mir, daß sich da die wirtschaftliche Bewegung mit der politischen die Hand reicht. Gewiß ist es viel leichter, für sich allein mit voller Discretion zu handeln. Können wir die Kunst erdenken, wie eine Regierung mit derselben Leichtigkeit handeln sollte, mit der ein Privatmann seine Geschäfte besorgt und doch mit der Vorsicht, mit der im Namen eines Staates gehandelt werden muß, dann hätten wir die beste Regierung entdeckt. (Sehr richtig!) Aber die Alltagssache und Haushaltung gibt eben keine Regeln für die Staatsverwaltung und deshalb müssen wir manche Vortheile aufgeben durch Einschränkung der Objecte, in denen wir jetzt als Käufer, später als Verkäufer auftreten. Ich würde nie gestatten, handele es sich um die Anlage meiner Millionen, daß eine Mehrheit darüber bestände, wie diese Millionen anzulegen seien. Darauf hätte ich die Möglichkeit, bei schlechter Wirtschaft bald ruinirt zu sein. Die Welt wäre nicht sehr ungünstig, wenn es einen Millionär weniger gäbe, aber Staaten dürfen nicht Gefahr laufen, durch einen Misstritt ruinirt zu werden. Sie könnten nicht den Grundsatz befolgen, möglichst viel Zinsen aus dem Capital zu schlagen und doch 80 Jahre hinaus sicher zu geben. Entweder also erklären wir uns in § 2 für Banquiers oder wir sind Staatsmänner, die das Staatsinteresse wahrnehmen und lieber große, einfache Grundätze befolgen, als verwiderte und gefährliche. Eher als daß ich die Privatinteressen einspannen sollte, und dieselben beginnen bei den Prioritätsobligationen und enden bei den Hypothekenaktionen, würde ich fremde Papiere einlaufen, hätte ich nur da die Sicherheit. Aber bis jetzt sind die banferotten oder hilfsbedürftigen Staaten in der Majorität. Dazu gehört nicht ein sehr soldir Staat, d. i. Holland, für die nächste Zeit, und hat es nicht so viel kriegerische Unternehmungen, wie in der letzten Zeit (Heiterkeit), wird es auch ferner sicher sein. Dann kommt England, mit dem wir wohl nach den neuesten Personalgestaltungen nicht so schnell in einen Krieg verwickelt werden; es sind das allerdings zwei sicke Anlagen, und wären diese gemeint, so hätte ich vielleicht keine Bedenken, dazu zu schreiten, könnte ich nicht alles Geld in Staatspapieren beschaffen. Aber es gibt eine Politik, die sich schnell damit verfügt.

Auskunft kann uns heute die Regierung nicht darüber geben; übertragen Sie die Auskunft dem Reichstagler, so kann er möglicherweise einmal auf die Politik verfallen, es sei gut, viele Schulden auf einem Staat zu haben, der die Zahlung derselben nicht für ganz gleichgültig hält und dessen Finanzen man durch einen großen Vorraath ein wenig commandiren könnte. Allerdings wäre das eine falsche Politik. Ich nenne diese Staaten nicht, weil einzelne von ihnen in diesem Augenblick mit uns in gröserer Freundschaft leben. Alle diese Maßregeln sind nicht möglich. Auch das lasse ich nicht zu, daß wir das künftige Reich für den Fall der Not versichern können; daß wir im Jubaldienfonds möglicherweise die Papiere realisieren können im Auslande für Zwecke des Krieges. Diese Gelder müssen unter allen Umständen lieber für die Schulden reservirt werden, die wir für unsere Jubalden zu bezahlen haben, als daß wir künftigen Finanzministern die Operation erleichtern, aus dem Gewahrsam des Jubaldienfonds Gelder zu nehmen. Die Commission hat das richtige getroffen, indem sie in § 2 die Gelder nur in Staatspapieren angelegt wissen will. Nur wenn diese Anlagen nicht möglich sind, wäre der Kreis auf Wachstum des Staates, d. i. also die Communen zu erweitern. Und nun komme ich zur Frage des Termins. Es hat etwas bestechendes, daß intermissionäre Operationen eine längere Zeit zu geben, aber ich bitte doch, darauf nicht einzugehen. In der türkischen Frist liegt das Compelle. Die Regierungen sind oft sehr langsam in ihren Bewegungen. Geben Sie die Frist bis 1876, so müssen die Regierungen bis dahin ihre Forderungen aufnehmen. Allerdings ist das Provisorium ein Mittelding, und da meine ich denn, ist es ratsam, die Gelegenheit, die in dem Provisorium gegeben ist, Geschäfte zu treiben, die wir sonst nicht begünstigen wollen, auf eine möglichst kurze Frist einzugehen.

Sollte es sich in der That herausstellen, daß trotz des ernstesten Willens die Möglichkeit nicht vorhanden ist, dieselben nach Inhalt des § 2 zu realisieren, so wiesen Sie ja, daß jederzeit ein Reichstag da ist, bereit, für das Reichsinteresse notwendige Nachlässungen zu machen, aber dann dürfen uns nicht völlig wertlose Vermutungen aufsetzen lassen. Wenn ein Dutzend Redner Vermutungen darüber anstellen, wie in den drei Jahren die Sachen nicht zu realisieren seien, in 5 Jahren aber sich werden realisieren lassen, so wird das keinen Eindruck auf mich machen, wenn nicht Zahlen vorgeführt werden, welche den Unterschied zwischen drei und fünf Jahren klar stellen.

Wenn aber in Zukunft die Regierungen Verlegenheiten ausfinden sollten, so müssten sie mit Thatsachen und nicht bloss mit Vermutungen aus nachweisen, daß die Erfüllung des § 2 in der gegebenen Frist nicht möglich gewesen ist. Darin wird Niemand das Reichsinteresse schädigen.

So weit kennen Sie die Vertretung des Reichs und soweit dürfen Sie den Regierungen vertrauen. Dagegen finde ich in der Verlängerung auf fünf Jahre von vornherein nichts weiter als ein Handeln um Zahlen: Drei Jahre werden bemessen und da werden fünf entgegengestellt, weil fünf für eine disziplinäre Verwaltung besser sind als drei; und ich würde mich vielleicht dazu entschlossen haben, wenn nicht die Gefahr dabei vorhanden gewesen wäre, daß wir für ein Provisorium Operationen zulassen müssen, die keineswegs erwünscht sind weder in finanzieller noch in politischer Beziehung. Die Commission hat Ihnen z. B. Lombardarischen vorgeschlagen. Dabei sind wir ganz in der Mitte der Börsenbewegung, des Goldmarktes, der von Tag zu Tage schwankt und es ist die Möglichkeit vorhanden, den Corsi und den Wert der Papierunternehmungen des verschiedensten Art zu beeinflussen. Denn ich nehme an, daß Sie bei Lombard gewiß nicht denken an Waaren, daß nur in sehr geringem Maße Metalle in Betracht kommen können; sondern daß das eigentliche wirkliche Handeln in dem Beleben von Papieren stattfinden soll, und diese Bahnen will ja der Abg. Richter getrieben haben, das Haus wird sie aber im Provisorium nicht erhalten können. Das ist also ein Provisorium der geschicktesten Art und jedes Jahr Verlängerung eine Häufung der Gefahr. Ich kann mir sehr gut denken, daß die Regierung nach ein oder zwei Jahren vor uns erscheint und den Nachweis führt, daß der Kreis der einzelnen Anlagen für das Provisorium noch ein Wenig erweitert werden muss, daß sie aber in Zukunft die Lombardarischen weglaßt. Deswegen glaube ich, daß wir bei dem ersten Element gewiß schon auf das Weiteste hinausgegangen sind, wenn wir 3 Jahre für alle diese Operationen gegeben haben. Wir werden jedenfalls gut thun, die Pfandbriefe herauszustreichen und zwar lediglich im Interesse der Pfandbrief-Institute; diese Papiere sind schwer beweglich, ein Kaufauftakt schneidet sie in die Höhe, ein massenweiser Verkauf drückt sie wieder herunter. Wenn Sie sie vom Definitivum ausschließen, so werden Sie ihnen keine Wohltat damit erweisen, sondern nur eine für den Fonds und die Privatbeherrschten gefährliche Operation unternehmen.

So lange es möglich ist, den Jubaldienfonds den einzelnen Staaten gegen formelle Verbriebung und materielle Zinsverpflichtung zuzuführen, nehmen wir nichts mehr hinzu. Wird uns mit aller Bürgschaft behauptet, daß dies unmöglich sei, so wäre allenfalls die Möglichkeit vorhanden, die öffentlichen Communen mit zuzulassen, obwohl sehr viele Gefahren damit verbunden sind. Sie dürfen nicht vergessen — und das sage ich gerade den Herren drüben (rechts) — daß wahrscheinlich die großen Städte eine viel größere Rechnung aufzumachen werden als die Kreise und Provinzen. Ehe diese mit ihren Beschlüssen fertig sind, wird Berlin schon bereit sein, 30 Millionen abzunehmen für Canalisation und Conversion, und ich kann Ihnen Vertreter aus diesem Hause zeigen, die sofort mit ihrer Rechnung fertig werden. Das ist also auch in den höchsten Grade bedenklich. Die Kreise, die schnell genug fertig sind, werden das Geld bekommen, die Provinzen sind für die nächste Zeit noch nicht genug organisiert, um solche Gelder brauchen zu können. Nur sage ich zwar: wenn die Notwendigkeit vorhanden ist, Schulden herbeizuführen, so thue ich nicht dem Schuldner einen Gefallen, sondern mir selbst. Wenn ich also in Staatsanleihen keine Gelder anlegen kann und schlepppe Schulden herbei, welche mir aus der Not helfen, so thue ich nicht Ihnen einen Gefallen, sondern sie mir. So lange die Möglichkeit vorhanden ist, daß die Staaten eine Rechnung aufzumachen können, geben sie von dem einfachen Grundatz nicht ab, daß dasjenige, was das Reich erworben hat, wiederum den einzelnen Staaten zugeschrieben werden soll, aber nicht ohne Verpflichtung der Rückzahlung und Verzinsung. Das ist mein Standpunkt und so lange die Debatte mich nicht vom Gegenheil überzeugt, werde ich dabei stehen bleiben. Niemals würde ich mich bewegen lassen, einen Schritt weiter zu thun über die Communen hinaus, weil das ein Uebelstand wäre, den ich bereits gefürbirt habe und weil Sie nicht eher ruhen werden, als bis Sie an den Abgrund der Actien auf Hypothekenbanken moderner Schöpfungen angelangt sind.

Bevollmächtigter zum Bundesrat Camphausen: Die Außerung in Betreff der Consolidationsgesetze kann ich in dem citirten Sinne nicht gethan haben, oder ich mäßte mein Geschäft außerordentlich schlecht betrieben haben. Denn in dem Augenblick, in dem die preußische Regierung Convents anbot und auf die Nichtconvertirung in 15 Jahren großen Werth legte, konnte ich unmöglich behaupten, daß könne gar nicht eintreten. Frist mich eine Schule, dann ist es die, daß ich im December 1869 nicht genügt habe, daß wir 1871 für das den Staat nur 5 Milliarden stützen werden (Heiterkeit). Über die Möglichkeit, den ganzen Jubaldienfonds in Staatsanleihen anzulegen, im Voraus zu urtheilen, ist schwer, es wirken dabei mit sämtlichen Regierungen des Reichs, und das, was die verschiedenen Herren Finanzminister und ihre Landesvertretungen fertig bringen, das vermag ich nicht zu sagen. Von Preußen kann ich mit Bestimmtheit sagen, daß es bis zum 1. Juli 1876 seinen Anteil mit Vortheil nicht würde hergeben, daß es seinem Interesse in hohem Grade zu widerhandeln würde, wenn es sich darauf einläßt, bloss um das Vergnügen zu haben, seine Fonds von der Verwaltung des Reichs-Jubaldienfonds verwaltet zu sehen, sie herzugeben, die preußische Regierung ist im Besitz ziemlich ausgedehnter Credite, von denen sie bis heute noch nicht für einen einzelnen Thaler Gebrauch gemacht hat. Außerdem liegt dem preußischen Landtage eine Vorlage, betreffend die Bewilligung von 120 Millionen Thaler für Eisenbahnzweck auf eine Reihe von Jahren vor, von denen 20 Millionen für das erste Jahr zur Verwendung kommen sollen. Aber Niemand weiß,

kennt man, wie sehr der Maler auch des figurlichen mächtig ist. Prachtvoll ist die lästige Gestalt der jungen Schifferfrau, die zum Morgencafé das Holz vom Ufer holt, und mit welcher Accuratesse ist dieser Holzstock gemalt! Jeder einzelne Klopfen, jedes Stück Kind dient die höchste Naturwahrheit aus. So ist das Harrach'sche Bild, b. s. in's Einzelne auf sorgfältigste durchgeführt, während das Achenbach'sche

wiederum das Rücken der Stühle. Dieses Mal bedeutete es Entsegen über meine beispiellose Verstocktheit.

„Ist Alles vorbereitet?“ fragte der Superior die Pedellmumie, anstatt mit meine Lähmheit zu verweisen.

„Alles“, betonten die regsame Lippen, und in erschütternder Weise rangen sich die gesalzten Hände ineinander.

„So mögen wir fortfahren“, las der Superior feierlich von dem grünen Tuche des Thlasses ab; „Indigo, ich mache Dich darauf aufmerksam, daß Du durch den langjährigen Besuch dieser Anstalt Verpflichtungen gegen Deine unbekannten Wohlthäler, wie gegen die Menschheit im Allgemeinen übernommen hast; Verpflichtungen, von welchen Du durch keine Macht der Erde entbunden werden kannst. Deine Zukunft gehört der Kirche, welche sich Deiner annahm, durch reichlich gespendete Segnungen und, leider bisher ohne sichtbare Erfolg, gebliene Heilsmittel Dich zu ihrem ausschließlichen Eigentum machte. So gebieten es heilige Gesetze, so wollen es Diesenigen, welche ein Recht besitzen, über Deine Zukunft zu bestimmen. Stehend am Vorabend Deines wirklichen Noviziates und Deiner gänzlichen Nebenstelzung in diese Anstalt, mußt Du als reif erachtet werden, Solches ohne weitere Erläuterungen von meiner Seite zu begreifen. Gleichermaßen ist Dir nicht fremd, daß mit alle Mittel zu Gebote stehen, selbst die schärfsten, abenteuerliche Gemüther in die ihnen streng vorgeschriebenen, ihr eigenes Seelenheit, wie das Anderen bedingende Bahnen zurückzuführen. Bei Dir ist das eine schwierige Aufgabe, weil es Dir trotz der sorgfältigsten Überwachung gelang, mit Clementen zu verkehren, welche das Höllengestirn der Menschheit genannt zu werden verdienten. Es fehlt nur noch, daß Du heimlich dem allen göttlichen Gesetzen Hohn sprechend, die Weltordnung untergrabenden, entstiftenden, in Ewigkeit verschlungen Freimaurerorden beitretest, um das Maß der Vernichtung zum Übelstreben zu bringen.“

„Gellate also; hast Du gestern Nachmittag ohne genügende Entschuldigung die Lehrstunden versäumt?“

„Ja“, antwortete ich fest, denn dieser Ansprache hatte es nur bedurft, um mich gewissermaßen mir selbst zurückzugeben. „Doch Du gestern um Mittag die beiden Gehölzen Deines nächsten Vorgesetzten lebensgefährlich verwundet?“

„Nein“, erwiederte ich entschlossen, „wenigstens nicht lebensgefährlich.“

„Halte Dich an meine Befehle“, ermahnte der Director mit der Regunglosigkeit einer Pagode unter dem Bettall spendenden Rücken,

der Bibel gestattete. Diesen Mann nenne jetzt, bevor ich Mahnregeln gegen Dich in Anwendung bringe, welche Deinen Körper schmerzlicher treffen, als Deine verstockt, so Gott will, aber zu erhöhtem, frommem Verständniß erwachende Seele.“

Diese Androhung körperlicher Strafen war gleichbedeutend mit dem Defenire der meine wild ereigneten Leidenschaften nur noch mit hemmenden Schleuse. Ich fühlte, wie ich erlebte; mein Athem stockte auf Secunden. Dann aber rückte ich mich steifer empor und meinen Inquisitor fest ansehend, sprach ich mit wahrer Todesverachtung, daß es laut durch den düsteren Raum schallte:

„Woher ich jene Worte nahm, welche Ihnen so blödselig von dem Antiquar übermittelt wurden, verrahre ich nie, obwohl Derjenige, der mich zuerst auf sie hinwies, sich wenig darum kümmern würde.“

„Das Weib!“ zischte der Caplan, der nur noch mit Mähe an sich hielt.

„Nicht sie!“ rief ich mit wachsender Entrüstung aus, „denn so weit reicht die Gelehrsamkeit jener einfachen, biederem, hochachtbaren Frau nicht; doch wenn meine Außerungen Ihre Missbilligung finden, warum versuchen Sie nicht — und Sie sind mein Lehrer — dieselben zu widerlegen?“

„Verfluchter!“ donnerte nunmehr der Caplan mit zu, indem er geräuschvoll emporsprang und ein dreiköpfiges Kreuz gegen mich schlug, wozu die übrigen Anwesenden pflichtschuldig Beifall nickten; „Du mit Blindheit geblendet, vom Blöden besessener Aussätziger! Du wagst es, aus dem Pfuhl Deiner Verücktheit Deine Lehrer herauszuordnen, sich mit Dir in frevelhafte Dispute einzulassen über Dinge, welche Dir der Antichrist selber eingab? Meinst Du, es gäbe keine Geheln mehr, Dein verschüttetes Fleisch so lange zu züchten, bis dem Teufel der Auseinander in demselben zu heft und zu enge?“

Dumpfes Schweigen folgte auf diese allerdings nur auf ein jugendlich unerfahrenes, leicht einzuschüchterndes Gemüth bereitete sanftliche Belehrung. In dem spöttischen Lächeln aber, mit welchem ich den Blicken des Wütenden begegnete, mußte ich lesen, daß ich den Ausbruch seines tohenden Zornes nur als eine in Scene gesetzte Drohung betrachtete, um mich auf den ersten nach mir geführten Stoß wieder in ein willenloses Individuum zu verwandeln, mich noch unterwürfiger zu machen, als ich je zuvor gewesen. Denn mit dem Ausdruck des Entsegnis, sogar ratslos starke er seine ebenso entsegnen Collegen der Reihe nach an, bevor er wieder Worte fand. Ich dagegen fühlte noch immer meinen Muß wachsen; lieber wäre ich auf der Stelle unter den gräßlichsten Martirien gestorben, bevor ich eine Silbe widerrußen oder meinen Verführer genannt hätte. Die sichtbare Wirkung meines unerschrockenen Aufstrebens auf das ganze Collegium abec erschien mir als der untrüglichs Beweis für die helle Wahrheit der mit von dem alten Gelehrten gewordenen Andeutungen, für die Berechtigung der durch diese in meiner Seele wachgerufenen Zwiesel.

„Verworferer Gottesleugner!“ donnerte der Caplan von neuem

was schließlich für die Particularstaaten von den 5 Milliarden überantwortet werden wird. Ganz leer werden wir doch wohl nicht ausgehen und auch für Preußen wird eine ganz hübsche Summe zur Disposition gestellt werden. Um so weniger wird Preußen bis Juli 1876 in der Lage sein, mit seinem Anteil auf diesen Fonds zu reagieren. Über die anderen Staaten kann ich keine Auskunft geben. Sie bauen alle eifrig Eisenbahnen aber wie viel dann zu diesem Zweck zusammenkommen wird, das weiß ich nicht. Den Anlauf ausländischer Effecten hatte ich nur für das Provisorium ins Auge gesetzt und nicht etwa, um im Notfalle an auswärtigen Fonds eine bessere Stütze zu haben.

Die Finanzminister des Reiches wie der Einzelstaaten werden im deutschen Reiche keine Schwierigkeiten finden, die Fonds im Kriegsfall zu beschaffen. Der norddeutsche Bund hat es bewiesen, die Armee hat auch nicht einen einzigen Tag, weil es an Geld fehlt, ihre Operationen beschränken müssen. Aber darauf kommt es der Finanzverwaltung an, das Geld mit dem mindesten Druck für die Angehörigen des Reiches zu beschaffen. — Ob die Körperschaften, wenn Sie die Anlage in den Fonds derselben zulassen wollen, in ausgedehntem Umfang davon Gebrauch machen werden, das wird davon abhängen, ob sie sich in Bezug auf Verzinsung Illusionen hingeben. Wenn man meint, daß der Invalidenfonds sich mit billigeren Zinsen begnügt, als sonst gezahlt werden müssen, dann wird die Neigung in Progression wachsen; wenn sie aber die Erfahrung machen, daß die Verwaltung des Fonds ihr Interesse ins Auge setzt, und daß sie nicht höhere Preise bewilligt, als die obwaltenden Verhältnisse es bedingen, dann wird die Neigung sich sehr bald vermindern. Die Übernahme von Obligationen der verschiedenen Einzelstaaten wird übrigens nicht ausgleichend wirken, denn sie sind in verschiedener Lage, Anleihe aufzunehmen oder nicht, und die in dieser Beziehung sehr weit gegangen sind, werden höhere Zinsen bezahlen müssen, resp. einen geringeren Kaufpreis bekommen. Es würden also gerade die Staaten am nachteiligsten gestellt, die mit ihrem Credit am besten hausgehalten haben, das heißt, deren Fonds den höchsten Kaufpreis am gewöhnlichen Markt erzielen.

Abg. v. Roggenbach: Die politischen Gesichtspunkte des Abg. Lasker mögen auftreffend gewesen sein, seine wirtschaftlichen sind es nicht. Ich halte es im Gegenteil für richtig, der Verwaltung des Invalidenfonds, deren strenge Kontrolle gegen jeden politischen Missbrauch sicher, möglichst weite Vollmachten bei dem Ankauf von Papieren zu lassen. Die Beschränkungen, welche Abgeordneter Lasker und der Referent befürworten, sind ganz willkürliche, insbesondere sehe ich nicht ein, warum leichte Eisenbahnanleihen mit Zinsgarantie zulassen, und andere ohne solche ausschließen will. Die Erfahrung zeigt uns doch täglich, daß die Eisenbahnpapiere ohne Zinsgarantie durchaus nicht unsicher sind. Ich befürchte weder einen Massensturm aller möglichen Interessenten, die ihre Papiere unterbringen wollen, noch eine Demoralisierung der Behörde, deren Zusammensetzung schon die sichersten Garantien dagegen bietet. Würden wirklich nur Staatsanleihen berücksichtigt werden, so würden bald die Einzelstaaten mit dem Gelde, welches sie aus dem Invalidenfond erhalten, genügt sein, diejenigen Papiere anzulaufen, welche man hier ausschließen will und man wird das Spiel, welches man hier in Berlin vermeiden wollte, in München und anderen Hauptstädten in Scène gesetzt sehen. Ich empfehle Ihnen daher die Annahme meines Amendements, über dessen einzelne Nummern ich getrennt abstimmen bitte, um den Abgeordneten Gelegenheit zu geben, sich diejenigen anzueignen, welche ihrer Ansicht zufügen.

Abg. v. Benda: Mein Amendement soll für den Fall Abhilfe schaffen, daß die Bundesstaaten von dem Rechte, ihre Anleihen dem Fonds zuzuführen, keinen Gebrauch machen können oder wollen. Ich weiche indessen auch insofern von dem Abg. Lasker ab, als ich auch dann, wenn ein hinreichendes Creditbedürfnis der Staaten vorhanden sein sollte, ich es doch als eine schwere Ungerechtigkeit bezeichnen müßte, die Communen und Provinzen von den Wohlfahrtsdaten des Invalidenfonds ausgeschlossen zu sehen. Wir haben so eben viele und wichtige Funktionen auf die Kreise und Provinzen übertragen und es ist eine einfache Forderung der Gerechtigkeit, ihnen die Mittel zu Erfüllung ihrer Verpflichtungen in erleichterter Weise zu beschaffen. Die Papiere dieser Corporationen sind sicher, nicht der Spekulation unterworfen und amortisierbar, entsprechen also gerade den Anforderungen des Invalidenfonds. Wenn derartige Papiere in Süddeutschland nicht existieren, so darf man dabei nicht vergessen, daß dort der Staat noch die Funktionen erfüllt, die wir den Kreisen und Provinzen überwiesen haben. Es wird also auch dort das Geldbedürfnis des Staates lebhafter sein, als bei uns, und daher Süddeutschland mit Staatsanleihen beim Fonds entsprechend stärker beteiligt sein.

Abg. Richter: Wenn der Zweck des Fonds und die Interessen, welche sich an das Projekt knüpfen, schon höchst bedenklich sind, so wird weiter noch in erhöhtem Grade der Fall sein, wenn jene Interessen erst einmal berücksichtigt sind, und sich daran seitens derselben das Bestreben knüpfen wird, den Invalidenfonds zu verewigeln und zu erweitern. Ich halte diese ganze Schöpfung für verwerthlich, sie ist die einfache Kopie des französischen Credit Foncier und Immobilier, dem sie wie ein dem andern gleich. Es liegt ihr dieselbe Prätention zu Grunde, nämlich die volkswirtschaftliche Vorleistung zu spielen, — und man sollte nicht vergessen, daß dieser Versuch des französischen Kaiserreichs mit zur Pariser Commune beigebracht hat. Wir dürfen auf das Amendement Roggenbach in seiner Weise eingehen, mit demselben Recht wie der kleine Grundbesitz berücksichtigt werden soll, kann es der große auch verlängern, wir lämen dann dazu Pfandbriefe zu kaufen und würden damit einfach die Verpflichtung des großen Grundbesitzes befürdern, anstatt ihr durch Parzellierungen abzuholen. Ebenso sehr bin ich gegen die Berücksichtigung von Eisenbahnpapieren, wie ich

denn überhaupt glaube, daß schwerlich ein Finanzminister im Stande sein wird, Normativbestimmungen für die Spekulation zu geben. Ganz entschieden bin ich dem Vorschlag des Abg. v. Benda entgegen; wir würden dann einfach eine wilde Jagd der Bürgermeister erhalten. Überhaupt würde die Verwaltung gerade am wenigsten in der Lage sein, das Creditbedürfnis der Communen zu beurtheilen, und um so mehr steht zu befürchten, daß die Entscheidung nach Gunst und Ungunst ausfallen und ähnliche Missstände zu Tage kommen werden, wie dies jüngst im Eisenbahnpensionswesen der Fall war.

Auch die Abgeordneten werden mit Gesuchen, um Verwendung für die häuslichen Verbände mit versorgt werden; es ist Thatstreit, daß nicht nur in der Vorhalle, sondern im Saale selbst — ich kann Namen und Bissens angeben — Communalpapiere gehandelt worden sind, und erst verschwanden, als die Commission sich entschloß, die Bestimmung des Gesetzes zu streichen. Die 105 Millionen auf den Inhaber lautender Papiere deutscher Communen sind auf 300 Anleihen verteilt; man denkt sich, welche Verwirrung das bei der Verwaltung des Invalidenfonds anrichten, welche Schwierigkeiten die Einzelhebungen u. s. w. bereiten werden. Auch liegt das Amortisationsbedürfnis bei den Communen anders wie beim Invalidenfonds; dort hat man ein Interesse, daß die Amortisationssumme eine wachsende, hier, doch sie eine abnehmende ist. Die ganze Sache wird schließlich auf eine Bevorzugung der großen Städte herauskommen, denn Communen unter 5000 Einwohner kommen nur selten in die Lage, Anleihen zu machen. So gut wie Berlin sich seine Canalisationsanlagen aus dem Fonds bezahlt läßt, kann jede Meliorationsgenossenschaft für ihre Entwässerungsarbeiten die gleiche Verpflichtung fordern — und dann haben wir die wilde Jagd im schlimmsten Sinne. Über die Anlage der Gelde in auswärtigen Staatspapieren werden wir in den ersten drei Jahren kaum fortmachen, obwohl gewiß überall der Wunsch verbreitet ist, eher deutsche Papiere vom Auslande angelauft zu leben, wie ich es dann für ein Verdienst des preußischen Finanz-Ministers erkenne, die preußische Anleihe — das erste deutsche Papier seit fünfzig Jahren — auf den englischen Markt gebracht zu haben.

Es ist nun auf den Anlauf von Staatspapieren einer fremden Macht hingewiesen worden, mit welcher wir augenblicklich lebhafte Freundschaftszeichen aus tauschen, gegen welche wir allerdings gleichzeitig im Begriff stehen, unsere Festungen auf's äußerste zu verstärken. Im Falle eines Krieges würde der erfolgreiche Widerstand dieser Festungen, jeder Sieg über diese fremde Stadt zugleich ein Schlag gegen den Invalidenfonds sein. — Redner sucht nun durch eingehende Beleuchtung der finanziellen Verhältnisse der Einzelstaaten und speziell Preußens, nachzuweisen, daß in der That das Creditbedürfnis der Bundesstaaten lebhaft genug sei, um den Fonds ausschließlich mit Staatspapieren zu füllen. Er unterzieht dabei die Operationen des preußischen Finanzministers bei der Consolidation der Staatschulden einer gründlichen, nicht immer beispieligen Betrachtung, wobei er zu dem Schluss kommt: „Lieb' Vaterland magst ruhig sein, Preußen wird im Schuldenmacchen nicht zurückbleiben.“ (Heiterkeit.) Auch sei es kein Unglück, wenn die süddeutschen Staatspapiere stärker, als der Kopfsatz der betreffenden Staaten nach zu erwarten, im Fonds vertreten seien. Er sei nicht so partikularistisch, um statt dessen lieber preußische Privatpapiere angelaufen zu sehen.

Nachdem der Finanzminister die Vorwürfe, welche ihm Richter in Bezug auf die Consolidation der Staatschulden gemacht, zurückgewiesen und noch einmal wiederholt hat, es liege nicht im Interesse des preußischen Staates, seine Papiere in verhältnismäßiger Stärke dem Fonds zuzuführen, vertagt sich das Haus um 4 Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. (Fortsetzung.)

= Berlin, 1. Mai. [Bundesrats-Beschlüsse. — Besteuerung des Reichs-Grundbesitzes in Berlin. — Markthallen.] Bezüglich der Erbauung eines deutschen Krankenhauses in Konstantinopel hat der Bundesrat beschlossen, die Annahme der vom deutschen Evangelischen Wohltätigkeits-Verein am 2. Februar d. J. beschlossenen Erklärung zu genehmigen und für die Erbauung eines nach den vorgelegten Plänen für 99,000 Thlr. herzustellenden, dem Reich gehörenden Krankenhauses in Konstantinopel 80,000 Thlr. und zwar so zu bemitteln, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1873, die zweite Rate mit 30,000 Thlr. in den Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenhauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenhauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberaufsicht und das Schutrecht des Reiches gewahrt, die Verwaltung des Krankenauses aber einschließlich der Unterhaltungskosten von dem Verein übernommen wird; ferner bestimmt, daß die erste Rate mit 50,000 Thlr. in den Nachtrag zum Etat des Auswärtigen Amts für 1874 aufgenommen werde. Dieser Beschuß war davon abhängig gemacht, daß die früheren Bedingungen erfüllt und dem Bundesrat übermittelt worden sind und zur Einsicht vorlag: ein revidierter Entwurf des Statuts für die künftige Verfassung des deutschen Wohltätigkeits-Vereins und dessen Verhältnis zur Verwaltung und Unterhaltung des neuen Krankenauses, worin die Oberauf

(Fortsetzung.)

jetzt 6 Provinzialvereine, nämlich Brandenburg, Schlesien, Hannover, Sachsen, Hessen-Nassau und Westfalen, beigetreten sind, wird zu der Ausarbeitung eines Entwurfs eines Unterrichtsgesetzes gleichfalls zugezogen werden. Der Vorstand des erwähnten Vereins hatte kürzlich Conferenzen mit verschiedenen Abgeordneten und Unterredungen mit dem Unterrichtsminister Dr. Falk und dem Decernenten für die Seminar-Angelegenheiten in dem Unterrichtsministerium, Geh. Regierungsrath Schneider. Man hat übrigens der „Nat.-Agt.“ zufolge die Bemerkung gemacht, daß unter Falk's Verwaltung nicht mehr vorwiegend Geistliche, sondern erfahrene Lehrer zu Directoren an Seminaren berufen werden.

Königsberg, 30. April. [General v. Manteuffel] hat, anlässlich des 50jährigen Jubiläums der hiesigen Kaufmannschaft, nachstehende Depesche an den Herrn Polizeipräsidenten v. Pilgrim gerichtet, welche von Letzterem in der Festversammlung am Montag verlesen wurde. Dieselbe lautet: „Wenn alle officielle Toaste und Reden vorüber sind, und das Wort jedes Einzelnen frei geworden ist, dann bitte ich Sie, auch meinen Dank für die freundliche Einladung und mein Bedauern auszusprechen, dem Feste nicht beiwohnen zu können, der 50jährigen Jubiläumsfeier einer Corporation, die das sehr Egentümliche hat, daß sie ihre Aufgabe nicht in einseitiger Vertretung ihrer speziellen Interessen sucht, sondern daß sie diese durch die Vertretung allgemeiner Interessen fördert und hierdurch auch der Stadt und der ganzen Provinz wesenliche Dienste geleistet hat. Ich kann leider nicht mit den Herren anstoßen heute, aber hier in Frankreich trinkt auch ich auf das Wohl der ehrenwerthen Kaufmannschaft der Haupt- und Residenz- und Lehnungstadt Königsberg.“ gez. General v. Manteuffel.“

Danzig, 29. April. [Nach Fulda.] Im Auftrage und in Vertretung des Bischofs v. d. Marwitz ist der Generalvikar Klingenberg von Pelpeln zur Bischofskonferenz nach Fulda abgereist.

Fulda, 29. April. [Die hier versammelten Bischöfe] haben heute zwei geheime Sitzungen abgehalten, in welchen der Erzbischof Melchers von Köln im speciellen Auftrage des Papstes den Vorsitz führte. Vorher celebrierten die Bischöfe im Dome die Messe. Der Hauptgegenstand der Tagesordnung, Organisation eines passiven Widerstandes gegen die Staatsgesetze, scheint in der heutigen Verhandlung, welche bis fast 9 Uhr Abends währt, erledigt worden zu sein. Wie wir hören, finden nur noch zwei weitere Sitzungen statt. (K. Z.)

30. April. [Die Conferenz der dahier versammelten Bischöfe] wurde heute fortgesetzt. Es fanden zwei weitere Sitzungen statt; es ist noch unbestimmt, ob heute Abend der Schluß eintrete. Der Erzbischof von Posen und der Bischof von Mainz referierten über die Kirchengesetze. Gestern Abend nach Schluß der zweiten Sitzung, welche erst gegen 8½ Uhr endete, fand im Refectatorium des Seminargebäudes ein gemeinsames Souper statt, an welchem auch mehrere höhere Geistliche Theil nahmen. Der Gegenstand der Unterhaltung, drehte sich vorzüglich um das Capitel der schlechten Lektüre, welche letztere einzelne Oberhaupten gründlich studirt zu haben scheinen. Wir wissen wenigstens positiv, daß der Herr Fürstbischof von Breslau bei Gelegenheit der Rückreise von der vorigen Conferenz sich bei einem Colporteur in Bebra die „Memorien Michelieu's“ als Unterhaltungsstoff gekauft hat. Vor ihrer Abreise von hier werden die Bischöfe nochmals in der Bonifaciusgruft zusammenkommen und am Grabe des Apostels der Deutschen den Schuß und die Fürbitte dieses Heiligen für ihr ferneres Beginnen ersuchen. (K. Z.)

Leipzig, 1. Mai. [Wahlversammlung.] Die für gestern Abend von dem provisorischen Wahlcomitee der vereinigten liberalen Partei berufene Versammlung von hiesigen und auswärtigen Vertrauensmännern war, wie die „D. A. Z.“ meldet, überaus zahlreich besucht. Der Kaisersaal in der Centralhalle war gedrängt voll, es mochten gegen 200 Personen anwesend sein. In allen Anmerkungen aus der Mitte der Versammlung, besonders auch von Theologen aus der Provinz, gab sich neben der vollkommenen Eintracht aller Liberalen auch der entschiedene Entschluß kund, ruhig und thätig in die bevorstehenden Wahlen, ebensowohl für den Landtag, wie später für den Reichstag, einzutreten, und im gleichen Sinne dahin in den einzelnen Wahlkreisen auf die Gefinnungsgenossen zu wirken. Auf eine gleichfalls von einem Auswärtigen ausgegangene Aufforderung wurde sofort unter den Anwesenden eine Baarsammlung und eine Zeichnung von Beiträgen für einen Parteidrahfts fonds veranlaßt, und wurden zum Theil höchst namhafte Beiträge gezeichnet. Nach dem Schlusse der Versammlung blieb noch eine Zahl einzelner Vertrauensmänner aus solchen Kreisen, wo Neuwahlen stattfinden, mit dem Comite zurück, um in vertraulicher Weise wegen der Wahlorganisation daselbst das Nöthige zu verabreden. Eine zweite, allgemeine Landesversammlung der liberalen Partei wird vom Comite in Aussicht gestellt, der es namentlich auch obliegen soll, statt des nur provisorischen gegenwärtigen Centralcomitee ein definitives zu bestimmen.

### De sterre i ch.

\* Wien, 30. April. [Von der Weltausstellung.] Der Andrang um Einlaßkarten für die feierliche Eröffnung der Weltausstellung war heute ein massenhafter. Schon in den ersten Morgenstunden mußten die Zugänge zu den Bureaux der General-Direction der Weltausstellung gesperrt und Sicherheitswache requirirt werden, um die tosende Menge zurückzuhalten. Die Beamten der General-Direction hatten einen heißen Tag, kein Mittel blieb unversucht, um in die Bureaux zu gelangen und sich dort durch Bitten, Drohungen, Beschwörungen die ersehnten Einlaßkarten zu verschaffen. In kaum einer Stunde waren nahezu 6000 Karten vergeben und noch immer hattten Hunderte von Bittstellern auf die Gewährung ihrer Wünsche. — Mit Rücksicht auf die abnormen Witterungsverhältnisse wurde die Versorgung getroffen, daß die der Eröffnungsfeier der Weltausstellung anwohnenden Personen ihre Überröcke nicht abzulegen brauchen.

1. Mai. [Über die Phystognomie der Stadt Wien] am 1. Mai schreibt die „N. fr. Pr.“: Die Stadt bot schon in früher Morgenstunde ein ungewöhnliches, bedeutungreiches Bild. Wohin das Auge auch blickte, aus allen Häusern und Straßen ergoß sich der Menschenstrom nach dem grünen Prater. Wie das Blut plötzlich aus allen Adern zum Herzen schließt, drängte heute alles Leben nach dem festlichen Mittelpunkte des Tages, nach der großen Rotunde. Sollte eine Mafahrt, ein Corso von solchem Glanze und solcher Großartigkeit der Ausdehnung ist wohl in Wien noch nicht gesehen worden. Man konnte es staunend erleben, wie heute zum ersten Male der riesige Gürtel, den die Ringstraße um die innere Stadt spannt, durch volle drei Stunden, von 9—12 Uhr, mit einer enggeschlossenen Wagentafte bedeckt war. An der Aspernbrücke begegneten sich die zwei Köpfe der gigantischen Wagenchlänge, welche von links über den Franzensring und Kai, von rechts über den Burg- und Stubenring sich wälzte. Die Einwohnerzahl einer Provinzstadt mag da in den Gefahren, welche den Ring erfüllten, langsam den Weg in den Prater ange treten haben.

Von den glänzenden Hofwagen und den prunkvollen Equipagen

in- und ausländischer Würdenträger bis zum schlichten Einspanner herab waren alle Gattungen unserer Fahrzeuge vertreten. Die Flakker hatten nach dreitägigem Strike ihre Thätigkeit vollzählig wieder begonnen.

Damibus und Tramway beförderten außerdem eine zahllose Menge von Gästen, von denen viele im Galakleide (die Damen in geschmackvollem Morgenanzuge, die Herren im Frack und weißer Bind) ungeduldig dem Feste entgegenstehen. Das Wetter schien anfangs dem Tage nicht hold; empfindliche Kühle und unfehlbarer Regen hinderte während des ganzen Vormittags eine Fahrt mit offenen Wagen, welche ein glänzendes Bild der Insassen hätten bieten können. Gleichwohl waren Ring und Jägerzeile von einer großen Menschenmenge eingeaumt, welche zu Fuß den Weg zum Prater antrat.

Wie bei einer Wallfahrt schritten diese Festgäste bedächtig einher, Herren und Damen, die große Einlaßkarte fest in der Hand bergend. Gegen Mittag brach die Sonne aus den Wolken hervor, um den festlichen Tag strahlend zu begrüßen.

[Der Einlaß auf den Weltausstellungplatz] begann, wie die „Pr.“ meldet, schon um 9 Uhr Morgens. Der stärkste Zudrang herrschte beim Hauptportal, woselbst die eingeladenen Gäste durch die Hauptallee, welche von einer zahlreichen Menschenmenge zu beiden Seiten besetzt war, ankamen. Vor dem Hauptthore hatte ein geradezu unabsehbares Menschenstrom Posto gesetzt, um die Aufsicht anzusehen. Die Sicherheits-Organe dämmten zu beiden Seiten die Menge ein und hielten die Mitte des Platzes frei. Trotz des riesigen Andrangs seitens der Zuseher, die bis zu dem gedeckten Gang und auch unter denselben standen, wurde die Ordnung in musterhafter Weise aufrecht erhalten. Eine Equipage rehete sich an die andere; die Insassen der selben kamen sämlich in Oberläden, die Damen in Winterkleidern.

Um halb 12 Uhr begann die Aufsicht der Erzherzöge und Mitglieder des kaiserlichen Hauses. Es trafen hintereinander ein die Erzherzoge Carl Ludwig, Ludwig Victor, Albrecht und Wilhelm, Sigismund, Johann Salvator, der Großherzog von Toscana, der Herzog von Modena.

Kurz vor 12 Uhr kündigten brausende Hurrah- und Hochrufe die Ankunft Ihrer Majestäten an. Auf ein vom Einspähritore aus gegebenes Zeichen intonirten die neben dem Hauptporte der Rotunde postirten Musik-Capellen die Volkshymne. Der Zug kam heran. In dem ersten, von sechs prachtvollen Pferden gezogenen Galawagen befanden sich Se. Majestät der Kaiser in Marschallsuniform und Ihre Majestät die Kaiserin. Hinter Ihren Majestäten fuhr ein Theil des Gefolges. Unmittelbar hierauf erschien gleichfalls im sechsspännigen Wagen der Kronprinz von Preußen und Gemahlin, der Prinz von Wales, der Kronprinz von Dänemark, der Großherzog von Oldenburg, der älteste Sohn des deutschen Kronprinzen Prinz Friedrich Wilhelm, und die anderen fürstlichen Gäste. Ihre Majestäten fuhren bis an die Stufen der Rotunde. Se. Majestät der Kaiser verließ rasch den Wagen, hob Ihre Majestät die Kaiserin aus demselben heraus und, empfangen von dem General-Director Baron Schwarz und den erneuerten Inbetrufen des vor dem Hauptportal angesammelten Publikums, betraten dieselben das Innere der Rotunde.

[Über die Eröffnungsfeier] schreibt unser Wiener \*\* Correspondent:

Die Pünktlichkeit ist die Höflichkeit der Könige, sagt ein altes französisches Sprichwort: und Punkt zwölf Uhr Mittags intonirten auf dem Ausstellungspalace sieben Militärbanden das „Gott erhalte“, während der Hof seinen Einzug in die große Rotunde der Weltausstellung hielt. Die Tüte führte der Kaiser mit der Kronprinzessin des deutschen Reiches am Arm; unmittelbar hinter ihm schritt der Kronprinz von Preußen und Deutschland einher, der die Kaiserin geleitete. Dann folgte in glänzender Reihe der Prinz von Wales mit der Gräfin von Flandern am Arm, der Graf von Flandern, der Kronprinz von Dänemark, die Erzherzoge und die Erzherzoginnen. Der Kaiser trug die österreichische Marschallsuniform mit den beiden Großcordons über der Brust. Die Kronprinz hatte die Oberstenuniform seines österreichischen Regiments angelegt; der Prinz von Wales erschien in dem strahlenden rothen Kleide der englischen Horse-Guards. Gestern im Circus Renz trug er Civilkleider, und da gab es einen Moment der Verwirrung, da der Prinz von Wales seinen Hut bei dem Eintritte in die Loge abnahm, und die anwesenden Erzherzöge nun nicht wußten, was sie mit ihren Militärkappen machen sollten. Sie rückten daran, Einzelne nahmen sie ab, bis der Prinz von Wales, das Quid pro quo bemerkend, daß er angerichtet, seinen Hut wieder aufsetzte und das allgemeine Ceremonien-Gleichgewicht wieder herstellte. Die Kaiserin trug ein dunkelviolettes Hüttchen, ein lichtblaues Kästchen mit einer weißen Tunika, und hielt, die Einzige unter allen Damen, ein riesengroßes Bouquet in der Hand. Die Kronprinzessin von Preußen trug eine hellblaue Seidenrobe mit einer Tunika in unbestimmter Modefarbe und ein rosafarbener Hütchen. Auch alle übrigen hohen Damen aus der Fremde, so wie die Erzherzoginnen hatten sämlich Kleider in den lichtesten Schattierungen angelegt, so daß es einen reizend buntsaftigen Anblick darbot, als sie unter den Klängen der Musik und dem lauten Zurufe des Publikums auf der Tribüne Platz nahmen, die nur wenig über das Podium erhöht war. Die Befürchtung, daß der Riesenraum, der doch zu keinen musikalischen Zwecken erbaut war, sich als durchaus unakustisch erweisen werde, bewährte sich weder bei dem Vortrage der National-Hymne, noch am Schluß der Feier bei dem Vortrage eines Händel'schen Chores mit untergelegtem Texte durch die hiesigen Haupt-Gesang-Bretter und das prachtvolle Orchester der Philharmoniker. Nicht Schuld der Akustik war es, daß die folgenden Reden lediglich das Schauspiel einer Action ohne Worte darboten: es war der menschlichen Stimme unmöglich, den fabelhaften Raum, in den unser neues Opernhaus mehrmals hineingeht, auch nur annähernd auszufüllen. Kein Wort, nein, kein Laut drang in die Riesenhalle hinaus, als der Erzherzog Carl Ludwig, in der Eigenschaft eines Protectors der Welt-Ausstellung, Sr. Majestät den, auf den „Walter“-Preisen der alten „Presse“ gedruckten Katalog der Welt-Ausstellung überreichte, als der Kaiser die Ausstellung für eröffnet erklärt; als Consellpräsident Fürst Auersperg und Bürgermeister Falder den Dank an den Monarchen für diese Schöpfung ausstreckte. Kaum eine halbe Stunde war verflossen, als der Hof sich erhob und seinen Rundgang in die, dem Publikum momentan versperrten Gallerien antrat. Langsam verließen sich die Inhaber der 20,000 ausgegebenen Einlaßkarten, deren Besitzer trotzdem nur den Rand der Rotunde gefüllt und das eigenliche Schiff für die Circulation hatten frei lassen müssen. Draußen aber im Prater stand trotz des Windes und zeitweiliger Regengüsse ganz Wien auf den Beinen.

### Schwei z.

Aus der Schweiz, 29. April. [Über die ultramontane Agitation in der Schweiz] bringt der Berner „Bund“ einen bedeutenswerten Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Die Umrüste, welche von der ultramontan-clericalen Partei vom Ge-

biete der Schweiz aus sowohl gegen die wesentlichen Grundlagen und die wichtigsten Institutionen unseres eigenen Vaterlandes, als auch gegen die liberalen Staatsinrichtungen anderer Länder, deren Regierungen mit der Schweiz freundschaftliche Beziehungen unterhalten, geplant und in's Werk gesetzt werden, nehmen nachgerade Dimensionen an, die es reißerigen, wenn die Freunde des Vaterlandes, welchen die Ruhe im Janern und der Friede nach Außen am Herzen liegen, mit einer gewissen Besorgniß auf die Machinationen, zu denen die schwarze Internationale den Boden der freien Schweiz missbraucht, hinblicken und eines bangen Gefühls, daß von dieser Seite her unter dem Drucke einer drohenden Vaterlandsgefahr uns befinden, sich nicht erweinen können. Schon die Natur der ultramontan-jesuitischen Agitation an sich ist ganz dazu geeignet, diese dumme Besorgniß zu nähren. Man hat es bei der selben nicht mit einer national-politischen Partei zu thun, deren Zielpunkte und Bestrebungen immerhin im Rahmen des vaterländischen Staatswesens und seiner Interessen liegen, sondern mit einer geheimnisvollen Macht, die ohne staatliche oder familiäre Grundlagen ihre Reize über den ganzen Erdkreis spannt und dabei nur einen Zweck im Auge hat: die Ausbreitung und Intensivierung der Gewalt einer bevorrechteten Priesterschaft auf Kosten der allgemein menschlichen Interessen der Cultur und der Humanität... Die Art und Weise, wie die clericalen Agitation seit dem verhängnisvollen 18. Juli 1870 in unserm Vaterlande und gegen dessen Einrichtungen und Behörden betrieben wird, lassen leider vermuten, daß auch von den schweizerischen Ultramontanen oder wenigstens von einzelnen leitenden Kreisen die Grenze zwischen dem breitgetragten Kampfe um die politische Parteistellung und zwischen vaterländischen Verbindungen mit einer internationalen, unabwehrlichen Zwecken dienstlichen Propaganda im Auslande bereits überschritten worden sei. Derartigen Bestrebungen gegenüber tritt um so gebreiter der Pflicht an jeden wahren Vaterlandsfreund und auch an die republikanischen Behörden des Landes heran, mit verdoppelter Wachsamkeit dafür zu sorgen, daß dem Vaterlande vo dem fremden Gifte, welches sich in den Adern unseres Staatskörpers auszubreiten strebt, kein Schaden erwahne. Die ultramontane Propaganda ist aber nicht bloß thätig in unserm Lande gegen unser Land, sondern sie sucht vom Boden unseres Landes aus auch nach Waffen für ihre Absichten zu wirken. In dieser Beziehung ist namentlich die in Genf gedruckte „Correspondance de Genève“ thätig, welche unter der Aegide Mermillod's von drei legitimistischen Grafen redigirt wird, und nur an die eingeweihten Häupter der clerical-legitimistischen Agitationspartei gelangt. Dieses Blatt ist der Brennpunkt der Agitationswände der Partei für alle Länder der Welt; von ihm gingen namentlich auch Parole und Plan aus für die gegenwärtige Carlistische Erhebung in Spanien; im Redaktionsbüro der „Correspondance de Genève“ laufen die Fäden aller clerical-legitimistischen Machinationen und Konspiratioen in den verschiedensten Ländern zusammen.... Bei der gemeingefährlichen Natur dieses Blattes darf man sich wohl die Frage stellen, ob die Schweiz es mit ihren völkerrechtlichen Pflichten gegen die befriedeten Staaten vereinbaren könne, eine derartige Brutstätte, von welcher aus Unruhe und Aufruhr in das ganze constitutionelle Europa gefleudert werden, auf ihrem Territorium ungestört fortsetzen zu lassen. Seiner Zeit hat man die republikanischen Verbündeter im Namen des Völkerrechtes von den Grenzen, die sie bedrohten, entfernt, in's Innere des Landes interniert oder gar aus dem Lande vertrieben. Offenkundige kommunistische Machinationen zum Umsturz der gesellschaftlichen Ordnung in einem Nachbarlande würden auch auf Schweizerboden auf Duldung Anspruch machen können. Sollte der Herr der clericalen Revolution mehr Rechte bei uns haben, als die republikanische und sozialistische Revolution? Es ist dies nicht anzunehmen; der Clericalismus hat sich um die Schweiz wahrlich weder Schönung noch Nachsicht verdient. Allerdings greift die „Correspondance“ mit keinem Worte direct in die schweizerischen Verhältnisse ein; der Zweck dieser Zurückhaltung liegt aber auf dem Hand; sie will den Behörden des Ortes, an dem sie besteht, keinen Aulaß zum Einschreiten bieten. Nach unserer unmaßgeblichen Ansicht liegt aber eine genügende Veranlassung zum Vorgehen nicht bloß der Gense, sondern der eidgenössischen Behörden gegen die gräßliche Zeitung in der ganzen friedlichen und ruhestörende Haltung derselben, welche die völkerrechtliche Stellung der Schweiz gegenüber anderen befriedeten Staaten compromittiert.“

### T a l i e n.

Rom, 27. April. [Der Senat] bestätigte in seiner gestrigen Sitzung auch die letzten Artikel des die Vermehrung des Personals an einigen Gerichtshöfen betreffenden Gesetzentwurfs, nahm dann ohne Debatte den Gesetzentwurf an, welcher einen Sanitäts-Cordon zwischen Brindisi und Aegypten zieht und trat darauf in die Berathung des die Ausrocknung des Agnanses betreffenden Gesetzentwurfs ein. Die Commission wollte drei Artikel des ministeriellen Gesetzentwurfs streichen. Der Minister Devincenzi erklärte aber, daß er darin eine Missbilligung des ganzen Unternehmens erblicke, und stellte die Cabinetfrage. Nach lebhaften Verhandlungen einigte sich das Ministerium und die Commission über einen Verbesserungsantrag, welchen der Senator de Filippo vorschlug und der einstimmig angenommen wurde.

[Die Deputirtenkammer] war gestern vollzählig und konnte in die Verhandlungen des Gesetzentwurfs eintreten, welcher die Bestrafung derjenigen betrifft, welche bei der direkten Besteuerung falsche Angaben machen.

[Aus dem Vatikan.] Aus allen Welttheilen treffen Nachrichten im Vatikan ein, ob Pius IX. an seinem Geburtstage (13. Mai) katholische Deputationen empfangen wolle, namentlich aus Frankreich. Der Vatikan hat noch nicht geantwortet und zwar nicht allein aus Gesundheitsrücksichten, sondern, weil man fürchtet, daß Reden bei dieser Gelegenheit gehalten werden könnten, welche Herrn Thiers missfallen dürften.

[Das Befinden des Papstes.] Einige Zeitungs-Correspondenten, schreibt man der „K. Z.“, bleiben dabei, daß der Papst von seiner Krankheit noch nicht hergestellt sei und sich noch sehr leidend befindet. Es ist jedoch sicher, daß die letzte Krankheit spurlos vorübergegangen ist, und wenn Pius der IX. seine üblichen Spaziergänge im Vatikan-Garten noch nicht wieder aufgenommen hat, so ist es nur, weil ihm die Arzte gerathen haben, sich dem Einflusse der unbeständigen Jahreszeit noch nicht auszusetzen. Man will wissen, daß der Herr von Corcelles nicht länger auf seinem Posten bleibet will, weil er sich mit den im Vatikan herrschenden Ideen nicht befremden kann. Es ist wahr, daß die Fanatiker des Vaticans mit Herrn von Corcelles nicht ganz zufrieden sind, und er mit ihnen noch viel weniger, aber Pius IX. und der Cardinal Antonelli schätzen ihn hoch und werden ihn zu halten vermögen.

[Der Justiz-Minister] hat an alle General-Procuratoren des Königreichs ein Circular erlassen, in welchem er ihnen einschärfst, energisch gegen die Eltern und Verwandten einzuschreiten, welche Kinder zum Betrieb von ambulanten Geschäften an Speculant anlassen.

[In Pagani bei Nocera] sind Unruhen ausgebrochen, weil in Folge des in der Umgegend von Palermo herrschenden Typhus ein Kirchensfest, was auf die umwohnende Landbevölkerung große Anziehungs Kraft ausübt, verboten worden war. Die Ordnung ist aber, nachdem einige Fanatiker eingestellt worden waren, wieder hergestellt.

### F ranke r i ch.

Paris, 30. April. [Zu den letzten Wahlen. — Thiers. — Dankbrief Barodet's. — Die Lyoner Candidatur. — Thurygny. — Zur Gebietsräumung. — Keratry. — Verurtheilung.] Das von Thiers gegebene Beispiel ist befolgt worden. Sowie die Radicalen einerseits bemüht sind, ihrem Erfolge den Charakter der Feindseligkeit gegen Thiers zu nehmen, so beginnen die geächtigten Blätter ihre Niederlage vom Sonntag mit zufälliger Gemüths anzuzeigen. Von beiden Seiten wird daran gearbeitet, die große republikanische Partei wieder in ihrer Eintracht herzustellen. So sagt heute z. B. das „Journal des Débats“, welches doch eines der ent-

chiedensten Gegner Barodet's gewesen: „Wir glauben nicht, daß Alles verloren sei, weil eine Partei, welche die Republik anders versteht als wir, einen Sieg davon getragen hat, nicht über den Präsidenten der Republik, sondern über diejenigen, welche sich mehr denn einmal als seine Gegner erwiesen, und welche durch ihre Haltung in der Versammlung von Verfaßtes und durch Sprache und Taktik ihrer Journals in Paris sogar im Laufe dieser letzten Wahlcampagne so viel zu dem Siege Barodet's beigetragen haben.“ Eine so bedeutende Kundgebung der öffentlichen Meinung nicht nur in Paris, sondern auf allen Punkten der Provinz, wo gewählt worden ist, verdient, daß man sie in Beiracht nehme und gründlich studire. Die Regierung ist entschlossen, von den Wahlen nicht mehr Aufhebens zu machen als nötig ist. Keiner der Minister wird seinen Posten verlassen und der Ministerrat hat mit Beratung über die constitutionellen Gesetze, welche zu Anfang der neuen Session der Nationalversammlung vorgelegt werden sollen, begonnen. Gegen verschiedene Politiker, die ihn in den nächsten Tagen besuchten, sprach Thiers die bestimmte Absicht aus, sich zu keinem extremen Schritt hinreisen zu lassen und in seinem Programm zu beharren. Alles dies hat nicht verfehlt, auf die Aengstlichen im Publikum eine beruhigende Wirkung zu üben.

In seinem Thelle verspricht Barodet Mäßigung in dem Dankbrieffe, welchen er an die Pariser Wähler gerichtet hat. „Die bewundernswerten Fortschritte der Demokratie, heißt es darin unter Anderem, verdanken wir den klugen, festen und patriotischen Politik unserer Partei. Bürger! wir müssen darin beharren. Je stärker wir an Zahl werden, um so ruhiger, geduldiger und würdiger müssen wir uns zeigen. . . Meine Candidatur war keine Candidatur des Kampfes. Paris hat sie unterstützt, nur weil es begriff, daß es sich viel weniger darum handelte, gegen die Regierung zu kämpfen, als sie zu erleuchten...“

Die Lyoner Radicaux sind endlich mit ihren Candidaten hervorgetreten. Im Austausch gegen ihren Mitbürger Barodet haben sie den Pariser Ranc hinübergenommen. Bei diesem Wechselgeschäft wird vermutlich der Eine nicht schlechter fahren als der Andere. Der zweite Candidat ist ein Landarzt, der Dr. Guyot. Die Lyoner Blätter veröffentlichten die Zustimmungsschreiben der beiden. Ranc sagt, daß er sich eigentlich nicht wieder in die gegenwärtige Versammlung habe wählen lassen wollen. (Er schied bekanntlich aus, weil die Versammlung ihre Zustimmung zu dem Friedensvertrage gegeben). daß er aber sich anders besonnen habe, weil es von Wichtigkeit, das Bant zwischen der Lyoner und Pariser Demokratie fester zu knüpfen. Das Resultat der Wahl im Département Nievre ist heut offiziell festgestellt. Der radicale Candidat Thurygny ist mit einer Mehrheit von 1000 Stimmen definitiv gewählt.

Die Gefürchtete von einer abermaligen Beschleunigung der Gebietsräumung kommen wieder zum Vorschein. Man erzählt, daß Thiers durch eine Überraschung in dieser Angelegenheit den Zorn der Permanenz-Commission entwaffnet wolle, welche Commission die Absicht hatte, die Nationalversammlung sofort zu berufen, um sich für den Ausfall der Wahlen zu rächen (in Wahrheit scheint die Commission durchaus nicht diese Absicht zu haben). Man sagt ferner, daß nun seit dem 9. April in Gang befindliche Unterhandlungen zu einer schnelleren Räumung Verdun's nicht nur, sondern des ganzen Gebietes geführt hätten, und zwar seien diese Unterhandlungen hauptsächlich durch Frau von Man eifel geführt worden. Weiteres darüber zu sagen, ist für jetzt wohl überflüssig.

Ein anderes Gericht, dem bis jetzt wenig Glauben beizumessen ist, sait: Der Präfekt der Gironde soll nach Lyon gehen und in Bordeaux durch Keratay erlegt werden. Ohne Zweifel wird die Regierung erst nach den Lyoner Wahlen in dieser Beziehung einen Entschluß fassen.

In dem Proces der Rue de Sedaine ist gestern Abend noch das Urtheil gefällt worden. Trotz der Bemühungen der Advokaten Rouelle und Gatinneau, welche zu beweisen suchten, daß die geheime Gesellschaft nur eine Art Privatzusammenkunft und nur auf die Vorbereitung einer Arbeitercandidatur berechnet gewesen sei, erkannte der Gerichtshof auf ziemlich schwere Strafen. Monnanteuil und Coindet erhalten je 15 Monat Gefängnis. Granier, Lescure und André ein Jahr Gefängnis. Drei wurden freigesprochen, die übrigen erhielten 6 Monat Gefängnis.

\* Paris, 30. April. [Ueber die seitens der französischen Regierung mit England und Belgien abzuschließen der Handelsverträge] veröffentlicht d. r. Nationalökonom des „Journal des Débats“ Paul Leroy-Beaulieu eine interessante Studie:

Er weist zunächst auf die ehemalige Zusammensetzung der von der Nationalversammlung mit der Prüfung der bestehenden Entwürfe beauftragten Commission hin. Die Mehrheit dieser Commission hat nämlich, wie in dem Ausschuß ausgeführt wird, gegen das Gesetz über die Besteuerung der Rohstoffe, auf welchem die neuen Handelsverträge beruhen sollen, gestimmt. Herr Leroy-Beaulieu, der das Gesetz vom 26. Juli 1872 von Anfang an bekämpft hat, folgert aus der Zusammenfassung der Commission, daß die Nationalversammlung ihre Ansicht rücksichtlich der Besteuerung der Rohstoffe geändert hat, wenn man nicht lieber annehmen will, daß die frühere Abstimmung weniger der eigenen Überzeugung entsprochen habe, als durch den Druck der mit dem Rücktritt drohenden Regierung herbeigeführt worden sei. Nach dem Vorwurfe, daß die Vertretungswürke lediglich auf einem Gesetz basiren, welches die Nationalversammlung nur in einer schwachen Stunde beschlossen habe, erhebt unser Kritiker noch andere, welche nicht minder schwer ins Gewicht fallen. Er bemängelt zunächst, daß die Regierung versäumt habe, vor der Aufstellung der einzelnen Tarife Gutachten der französischen Handelskammern einzuholen; jetzt liege die Sache so, daß die Mehrheit der mit der Untersuchung betrauten Commission zwar aus Industriellen besteht, aber zum größten Theile denselben Industriezweig vertrete, so daß die Gefahr nicht ausgeschlossen sei, zahlreiche Brände könnten einer einzigen gegenüber benachteiligt werden. Herr Leroy-Beaulieu knüpft hieran die Auflösung an die Regierung, daß sie in Zukunft alljährlich Delegierte der Handelskammern zu einem Congrèse verhambeln möchte, damit sich Missstände, wie der angeführte, nicht mehr wiederholen könnten. Er gelangt bei seiner Besprechung zu dem Resultate, daß die Commission ihre Schlussoptüche jedenfalls nicht dahin formulieren würde, daß sie die unmittelbare Annahme der Handelsverträge von der Nationalversammlung verlange; vielmehr werde sie aller Wahrscheinlichkeit nach eine eingehende Untersuchung der in Frage kommenden Verhältnisse beantragen. Da die bloße Aufzählung der einzelnen Artikel in dem französisch-englischen Handelsvertrage 34 Seiten einnehme, auch die verschiedenen Industrien rücksichtlich eines jeden der zahlreichen Artikel ihre Bedeutung äußern würden, so berechnet Herr Leroy-Beaulieu, daß eine gewissenhafte Untersuchung sechs Monate Zeit beanspruchen dürfte; demnächst müßte der Bericht an die Nationalversammlung redigirt werden, so daß ein Entschluß derselben erst im Herbst herbeigeführt werden könnte. Unser Gemahrsmann führt weiter aus, daß die englischen oder belgischen Bodenmächtigen ihrerlei Gegenbedenken äußern würden, woraus sich dann ergiebt, daß den abzuschließenden Handelsverträgen unabsehbare Schwierigkeiten bevorstehen. Er wirkt noch die Frage auf, was während des Provisoriums, das wahrscheinlich mehrere Jahre lang dauern werde, geschehen solle, und beantwortet diese Frage dahin, daß der alte Handelsvertrag vom Jahre 1860 in der Zwischenzeit seine Gültigkeit behalten müsse; so lange müsse sich auch die Industrie einen Zustand der Ungewissheit gefallen lassen. Die Schlussoptüche des Artikels lauten: „Dahin gelangt man, wenn man sich auf eine seit fünfzehn Jahren von allen civilistischen Vätern verlassene Bahn begiebt, welche man nicht den neuen Bedingungen Rechnung trägt, welche die Dampfkraft, die Electricität und alle Fortschritte der Mechanik in die moderne Gesellschaft eingeführt haben.“

[Zu den kirchlichen Wirren in der Schweiz.] Das „Moral Diplomatique“ deutet in einem Artikel über die kirchlichen Wirren in der Schweiz auf diplomatische Verträge hin, welche in einzelnen Kantonen „die kirchliche Freiheit garantieren“, und damit spricht es eine kaum verhüllte Hinwendung auf die Möglichkeit einer Interven-

tion der französischen Diplomatie aus. Es ist unzweifelhaft, daß hier Anstrengungen gemacht werden, die französischen Regierung zur Einmischung in jene Angelegenheiten zu bewegen, namentlich läßt Herr Merimond, was ihm an Verbindungen zu Gebote steht, in diesem Sinne eifrig arbeiten. Es ist aber doch kaum glaublich, daß der erwähnte Artikel des „Memorial“ wirklich in Regierungskreisen gebrachte Absichten wiedergebe. Das Jahr 1847 ist noch zu nahe, der Erfolg der damaligen Intervention Guizots und Louis Philippe zu frisch im Gedächtnis. Auch jetzt würde die Einmischung einer fremden Macht in innere Angelegenheiten der Schweiz dieselbe Wirkung wie damals haben, welche die Kriegserklärung von 1870 in Deutschland hervorrief: sofortiges einmütiges Zusammenstehen gegen die äußere Bedrohung. Und für die Genfer Ultramontanen wäre der Nachteil nur um so größer, schon ihr jetziges Wühlen gereicht ihnen zum Schaden; man wird sie, und nicht ohne Grund, des Versuches beschuldigen, mit feindlichem Einfluß gegen die Herrschaft des Gesetzes in ihrem Vaterlande zu konspirierte. Diese Erwägungen sind der Regierung des Herrn Thiers gewiß nicht fremd, und sie wird sich auch ferner sagen, daß sie durch die ersten Schritte gegen ihren kleinen Nachbar sich als Gegnerin aller derjenigen Staaten hinstellen würde, welche angeblich mit römischen Ansprüchen im Kampfe liegen. In ultramontanen und besonders auch in bonapartistischen Partei Blättern sind Aufforderungen zur Intervention schon mit großer Festigkeit an die Regierung gerichtet worden; man hat vielleicht nicht Unrecht, wenn man hinter diesen, namentlich hinter den letzteren, denen der Imperialisten, geradezu das Bestreben sucht, Herrn Thiers und seine Minister zu compromittieren.

[Das Testament Napoleons III.] Die bonapartistischen Blätter veröffentlichten den Vorlaut des authentischen Testaments des verstorbenen Kaisers Napoleon III., welches am 24. April 1865 aufgesetzt, je von den Anwälten Marksby, Tarry und Stewart im Auftrage der Kaiserin publicirt wird. Die Hinterlassenschaft ist eifrig auf 120,000 Pfd. St. angegeben, wird sich jedoch wahrscheinlich noch durch bereits erhobene Ansprüche um etwa die Hälfte vermindern. In geheimer Überzeichnung lautet das Document:

Dies ist mein Testament. Ich empfehle meinen Sohn und meine Gemahlin den großen Adressaten des Staates, dem Volke und der Armee. Die Kaiserin hat alle erforderlichen Eigenarten, um die Regentenschaft gut zu führen, und mein Sohn zeigt Anlagen und ein Urtheil, die ihn seiner hohen Bestimmung würdig machen werden. Er verfüge nie die Devise des Hauptes unserer Familie: Alles für das französische Volk! Er lasse seinen Geist von den Schriften des Gefangen auf St. Helena durchdringen, er studire die Acten und die Correspondenz des Kaisers, endlich erinnere er sich, wenn die Verhältnisse es erlauben werden, daß die Sache der Völker die Sache Frankreichs ist.

Dies ist eine schwere Last, weil man nicht immer alles Gute, was man möchte, thun kann, und die Zeitgenossen selten Gerechtigkeit widerfahren lassen. Auch muß man, um seine Mission zu erfüllen, in sich den Glauben und das Bewußtsein seiner Pflicht tragen. Ihr müßt beobachten, daß die, welche Ihr geliebt, vom Himmel herab auf Euch sehen und Euch beschützen. Die Seele meines großen Heims hat mich stets begeistert und aufrecht gehalten. Dasselbe wird der Fall sein mit meinem Sohne, denn er wird immer seines Namens würdig sein.

Ich hinterläße der Kaiserin Eugenie meinen ganzen Privatbesitz. Ich wünsche, daß sie von der Majorennität meines Sohnes an in den Elsäss und Bariatz wohne.

Ich hoffe, daß mein Andenken Ihr keiner sein und sie nach meinem Tode den Kummer vergessen wird, den ich ihr vielleicht bereitet habe.

Was meinen Sohn betrifft, so möge er als Talisman den Siegelring aufsetzen, den ich an der Uhr trug und der von meiner Mutter stammt. Möge er mit Sorgfalt Alles bewahren, was von dem Kaiser, meinem Heim, stammt und möge er überzeugt sein, daß mein Herz und meine Seele stets mit ihm sind.

Ich erwähne nicht meine treuen Diener. Ich bin sicher, daß die Kaiserin und mein Sohn sie niemals verlassen werden.

Ich werde in der apostolischen römisch-katholischen Religion sterben, welche mein Sohn stets durch seine Frömmigkeit ehren wird. (gez.) Napoleon.

Aufgelegt, geschrieben und unterzeichnet mit eigener Hand, in dem Palais der Tuilerien am 24. April 1865. (gez.) Napoleon.

[Zwei Wahlschreiben.] Der „Petit Lyonnais“ veröffentlicht folgende zwei Briefe, welche Hr. Arthur Ranc, der bekannte Pariser Journalist, und Hr. C. Guyot, ein Doktorand aus dem Rhône-departement, an das radikale Wahlcomité von Lyon gerichtet haben:

Paris, 21. April.

Bürger! Ich habe das Schreiben erhalten, welches Ihr im Namen einer Gruppe von Lyoner Wählern an mich gerichtet habt. Ich danke Euch nicht für die hohe Ehre, welche Ihr mir zu Theil werden läßt. Unter Leuten, welche entschlossen sind, ihre Pflicht zu thun, bedarf es keines Daniels. Dagegen bin Euch folgende bestimmte und kategorische Erklärungen schuldig: erlich glaube ich, daß man bis zum 27. April in Lyon wohl thun würde, gar keinen Namen aufzustellen; jede überfließende Kundgebung könnte dem Erfolg der Pariser Wahl nur Eintrag thun. Was mich betrifft, so war ich bis auf die letzte Zeit entschlossen, keine Candidatur von den allgemeinen Wahlen anzunehmen und zwar aus folgenden Gründen: Ich halte es nicht für möglich, in der Nationalversammlung von Verfaßtes irgend etwas Nützliches zu Stande zu bringen. Ferner ist nach meiner Überzeugung das Mandat eines Gemeinderaths mit jenem eines Abgeordneten unvereinbar, da notwendig das eine hinter dem anderen zurückgesetzt werden müßte; endlich wäre es mir in diesem Augenblick aus ganz persönlichen Gründen auch schwer, mich von Paris zu entfernen. Diese verschiedenen Gründe hätten mich vor vierzehn Tagen bestimmt, einen mir von einem Sections-Comité von Marceille eingesandten Antrag, meine Candidatur in den Bouches-du-Rhône zu stellen, abzulehnen. Jetzt muß ich gestehen, daß die Situation geeignet ist, meine Entschließungen zu ändern. Ich begreife, wie wichtig es ist, die Bande zwischen der Demokratie von Lyon und jener von Paris enger zu schließen. Ich möchte um keinen Preis, daß mein Name ein Element der Zwietracht würde, und wenn er in dem Centralcomite auf irgend welche Einsprache stoßen sollte, so bitte ich Sie, auf meiner Candidatur nicht zu bestehen. Falls aber das Central-Comite die Idee annimmt, Lyon durch einen Pariser vertreten zu lassen, und falls die Delegierten der Meinung wären, daß mein Name die Stimmen der Wähler des Rhône-departements für sich vereinigen könnte, so würde ich es für meine Pflicht halten, das Mandat anzunehmen, welches mir von dem Centralcomite im Namen der Lyoner Demokratie angeboten würde. Empfangen, Bürger, meine brüderlichen Grüße. A. Ranc.

St. Georges-de-Reneins, 21. April.

Mein lieber Bürger! Ich habe niemals mit meinen Interessen, noch mit meiner Person gezeigt, wenn es darauf ankam, an dem großen Werke der Demokratie mitzuwirken; denn dies ist meine Religion und ich habe keine andere. (Das Nebeneinanderbestehen von zwei Ablösen in demselben Gebirne scheint mir sogar unmöglich; daß eine muß das andere aufheben.) Ich glaube ferner, daß eine Partei, um ihren Zweck zu erreichen, darauf muß rechnen können, daß jeder Einzelne der Gesamtheit gehorche; Disciplin und Erfolg sind korrelativ. Wenn also das Centralcomite erachtet, daß meine bestehende Notorietät, daß meine schwache Person der Sache nützlich sein kann, so verfüge es nur über mich, wenn auch mein ärztlicher Beruf, der mein tägliches Brodt gewährt, darunter leiden müßte. Läßt mich Euch indeß ohne falsche Bescheidenheit sagen, daß es mich sehr wundert, wenn Ihr mit auferksamstem Suchen nichts Besseres findet, ich sage nicht, einen der Sache ergebener, aber einen fähigeren Mann. Noch eins: Ich bin der Mann der Bauerleute, in deren Mitte ich lebe und deren Jammer ich lenne und theile; nun denn, ich fürchte, daß sich viele von ihnen der Wahl enthalten werden. Sie verfehlten nichts mehr von der schmälichen und verbrecherischen Taktik der Versammlung von Verfaßtes; sie sind enttäuscht, daß diese überhaupt noch existiert und es scheint ihnen mindestens seltsam, ihr noch Verstärkungen zu schicken. Ich weiß daher nicht, ob meine Candidatur, wie man in der Theatersprache sagt, in der Situation liegt. Na, ich will nicht mehr Urtheil haben, als „alle Welt“, wie man sagt, noch mehr Urtheil haben soll, als Voltaire, und ich werde mich jeder Entschließung des Comites gern unterwerfen; der Eifer meiner Propaganda soll darunter nicht leiden, das schwörte ich Euch. Wenn unsere Wähler gut aussäumen und die Nationalversammlung uns recht bald von ihrem Dasein befreit, so erkläre ich mich vollständig zufrieden. Empfangen Sie, lieber Bürger, und übermitteln Sie den Demokraten Ihrer Gruppe mei-

nen herzlichsten Dank für ihr nachsichtiges Wohlwollen und die Versicherung meiner brüderlichen Ergebenheit. C. Guyot, Arzt.

Über die bei der letzten Wahl in Paris verbrauchte Anschlagzettel berichtet „Sicile“: „Herr v. Remusat ließ 200,000 Wahlprogramme, 65,000 Anschlagzettel und 600,000 Streifen mit seinem Namen an die Bürgerväter von Paris leben; das macht für diese Candidatur 865,000 Anschlagzettel. Die Anhänger von Herrn Stoffel affischen ungefähr 100,000 Wahlprogramme und 300,000 Streifen mit dem Namen des Kandidaten. Herr Barodet unterstützte seine Candidatur durch 150,000 Wahlprogramme und 300,000 Namensstreifen. Außerdem kommen zu dieser Anzahl noch die Anschlagzettel der Mairieen, die administrativen Anzeigen und verschiedene andere Wahlprogramme, wie das von Herrn Marcus Allard auf trifolarem Papier, was gegen 2 Millionen Anschlagzettel ergeben mödte. „Sicile“ berechnet die Länge der neben einander gelegten Zettel auf 800 Kilometer und die Höhe der aufgestellten auf 30 Meter; zusammengefaßt würden sie 240,000 Kilogramm ergeben. Man berechnet, ein Arbeiter würde in einer Stunde 35 Exemplare aufstellen; das Aufstellen der Anschlagzettel gelegentlich der letzten Wahl erforderte demnach eine Arbeitszeit von ungefähr 71,428 Stunden.“

[Die Sätze für die Schachseine] werden im nächsten Monat wieder um 1 Procent erhöht werden (für ein Jahr 6 Procent, für sechs Monate 5 Procent und für drei Monate 4 Procent), da dieselben nicht genug Abnehmer finden. Paris liefert nur etwas über eine Million pro Tag, was nicht genugend ist.

### Großbritannien.

\* London, 29. April. [Der telegraphisch avisirte Artikel der „Times“ über den jetzigen Besuch Kaiser Wilhelms am russischen Hofe] lautet mit einigen Abkürzungen wie folgt:

In Deutschland wird man es sich wohl bewußt sein, daß so außerordentliche Ehrenbezeigungen, wie sie dem Kaiser Wilhelm jetzt in Petersburg zu Theil werden, nicht allein dem durch Bluterinnerung und gemeinsame Interessen mit dem Czar verbundenen Monarchen gelten, sondern auch dem Oberhaupt der deutschen Nation. Der Kurfürst, welchen sich der Kaiser in dem letzten Kriege erkämpft hat, bedarf wahrlieb auch keiner fremden Anerkennung mehr. Derselbe findet seine Sitze in dem starken Arm Deutschlands selbst, und die Bevölkerung des neuen Reiches hat auf die allerpraktischste Art ihren Entschluß tun gegeben, aus eigener Kraft und unabhängig von allen Fremden die Macht und die Einheit des Reiches zu wahren. Aber dennoch ist es eine dankbare Aufgabe, aus offenkundigen Thatsachen zu sehen, wie herzlich die großen Nachbarstaaten sich mit der neuen Lage der Dinge in Deutschland einverstanden erklären. Der Besuch des österreichischen und des russischen Kaisers in Berlin wurde in diesem Sinne ausgelegt, und auch die allergeringste Ceremonie hatte damals ihre Bedeutung. Allerdings lag auch durchaus kein Grund vor, an der Anerkennung des deutschen Reichs durch Russland zu zweifeln. Aber Vieles mag dabei auf Rechnung der freundlichen Gestimmen zu sezen sein, welche der jetzt regierende Czar für seinen mächtigen Nachbar hat. Die Deutschen sind in diesem Punkt besonders empfindlich, denn sie glauben an das Vorhandensein von Intrigen, um die russische Macht gegen sie in's Feld zu führen. Sie sind es sich auf's klarste bewußt, daß ihnen, als einer neuen protestantischen Macht, das äußerste Misstrauen und der schärfste Hass Seitens des ehemaligen Theils Europas entgegengebracht wird, welches unter katholischer und französischer Einfluß steht. Unparteiische Zuschauer gewinnen fast den Eindruck, als ob Deutschland mit geradezu frankhafter Aengstlichkeit und Haß bemüht sei, seinem Gegner zuvorzukommen. Die Reise des Herrn Thiers zur Zeit, als die Krise für Frankreich am höchsten gestiegen war, ist den Deutschen noch zweitwegs aus dem Gedächtnis entschwunden, und unserem Berliner Correspondenten zufolge glauben sie, daß neuerdings neue Intrigen in Scène gesetzt worden sind, um die Freundschaft des Czars für den deutschen Kaiser zu lockern. Der Papst, sagt man, arbeite an der Bildung einer katholischen Liga und biete Alles auf, um den guten Willen des großen nordischen Reiches für dieselbe zu erlangen. Darüber ist tatsächlich kein Zweifel möglich, daß in jedem zwischen europäischen Nationen ausbrechenden Conflict, Russland im Stande ist, ein entscheidendes Gewicht in die Waagschale zu werfen, und daß es am meisten fähig ist, unabhängig zu handeln und Partei nach seinem Gutsdünken zu ergreifen. Russland hat wenig zu verlieren, aber viel von anderen Nationen zu gewinnen, und diese alle hoffen daher, das Czarenreich durch Versprechen: seine orientalischen Pläne zu fördern, für sich gewinnen zu können. Die Franzosen z. B. schmeicheln sich mit dem Gedanken, daß Russland besonderen Grund habe, auf ein Anwachsen des deutschen Einflusses eifersüchtig zu sein.

Der untere Lauf der Donau wird wahrscheinlich den Siegeskreis bei zukünftigen Kämpfen in Ost-Europa abgeben und zwei große Räume — die germanische und slavische — werden um denselben ringen. Keine andern wesentlichen Gründe zum Streit zwischen beiden Reichen sind vorhanden. Wer hat man gefaßt: in der Lage der Deutschen in den russischen Ostsee-Provinzen sei der Raum zu einer neuen Frage von der Art der schleswig-holsteinischen vorhanden, und es mag in dieser Hinsicht nicht ohne Bedeutung sein, daß Kaiser Wilhelm die persönliche Empfangnahme einer Adresse des Deutschen Riga's abgelehnt und den Wunsch ausgesprochen hat, diese Adresse möge ihm durch den deutschen Gesandten in St. Petersburg zugängig gemacht werden. Aber es ist nothgedrungen eine Aufgabe für beide Nationen, alle derartigen Schwierigkeiten auf freundliche Weise zu lösen und sich gegenseitig nach und nach dem Lauf der Ereignisse anzusequemmen. Die Lage der Deutschen in den Ostsee-Provinzen könnte überhaupt stets nur als Vorwand für einen aus andern Motiven gesuchten Conflikt dienen, denn der Czar kann keine Gründe dafür haben, denselben, die gewünschten Freiheiten und Privilegien zu verweigern. Russland ist trotz Allem von Deutschland für den größten Theil seiner Civilisation abhängig und kann nur schlecht einen Streit mit jenem Staate drausen. Es ist überdies möglich, daß die Frage wegen der Donaufürstenthümer nach und nach Einges von ihrer Stärke verlieren wird, da Russland mehr und mehr zu der Einsicht gelangt daß seine Wege nach Osten führen. Russland kann durchaus nicht sein Gebiet durch Anatol um Anatol im Osten hergrößen, ohne gleichzeitig seine Kraft und seine Interessen für ausköhllich den Westen betreffende Angelegenheiten abzuschwänzen. Russlands Energie wird vollkommen durch die große Aufgabe absorbiert: die Civilisation des Westens an Stelle der Barbarei und des Aberglaubens im Osten zu pflanzen. Das große nordische Reich muss vor Allem wünschen, daß es bei dem Streben nach Erfüllung dieser seiner mächtigen Bestimmung nicht durch Störungen im Westen seines gewaltigen Gebietes gehemmt werde. Friede ist eine Hauptnotwendigkeit für Russland, wenn es das ihm durch das Gesetzdictirte Unternehmen glücklich zu Ende bringen will; Deutschland aber kann im gewichtigeren Friedensgarantien bieten, als irgend eine andere Macht. So lange Deutschland gleich stark bleibt, wie es heute ist, so lange wird auch die alte prahlerische Redensart der Franzosen: daß ohne Frankreichs Einwilligung keine Flotte in Europa abgesenkt werden darf, besser auf Deutschland als auf

hastet wurden, und daß der englische Vice-Consul sich an ein Kriegsschiff um Hilfe gewandt habe. Der "Times" wird darauf aus La Plata vom 8. April die vollständige Genugthuung berichtet, welche der Commandeur des englischen Kriegsschiffes "Nobie" erzwungen hat. Sir Lambton Lorraine, so hieß der Commandeur, kam nach San Domingo, wurde hingehalten und sah sich endlich genöthigt, in einem Briefe zu erklären, daß, wenn er bis zu einer bestimmten Stunde keine befriedigende Antwort erhalten, er sich für berechtigt halte, nach Guldinen zu verfahren. Das wirkte und die dominikanische Regierung verstand sich zu des Capitans Forderung, die Gefangenen in Puerto Plata wieder frei zu geben und die Consulsflagge unter 21 Salutschüssen wieder aufzufiessen. Dies geschah mit grossem Pomp in Gegenwart aller anderen Vice-Consuln.

[Die Plymollische Bill] ist im ganzen Lande jetzt Gegenstand ehriger Erörterung und dies namentlich, wie es ja in der Natur der Sache liegt, in den grösseren Hafenstädten. In der Handelskammer von Plymouth war sie wiederum einer dreistündigen Debatte unterworfen. Ein Redner erklärte sie für bedenklich, unnnütz, ja schädlich und stellte den Antrag, daß dieselbe der eingestellten Commission überwiesen werde. Der Antrag wurde jedoch verworfen und ein anderer angenommen, welcher die Principien der Bill guthielt, die Einzelheiten jedoch einem Comite überließ. Ein Brief des Abgeordneten für Plymouth, des Herrn Bates, wurde bei der Gelegenheit vorgelesen. Er stellte die Bill als eine dar, die des Guten zu viel bringe. Herr Bates gab zu, daß manche Schiffe zu viel Ladung aufnehmen, daß viele Dampfer zu lang gebaut seien und daß Decksladungen gefährlich seien; aber schrieb Herr Bates, um den Folgen der Bill zu entgehen, brauchten die Schiffsbesitzer ihre Schiffe nur in ausländischen Häfen registrieren zu lassen.

[In Gunsten der Bill, welche den Frauen das Stimmrecht verschaffen will,] hat in Brighton unter dem Vorsteher des Lord-Mayors ein Meeting stattgefunden, auf welchem eine die Bill befürwortende Petition an das Parlament zu höhnen beschlossen wurde. Besonders wurde verlangt, daß selbstständige Jungfrauen und Wittwen, die an den Steuerlasten Theil nehmen, das Stimmrecht erhalten sollten. Auch die Londoner National-Society for Women's Suffrage, deren Präsident J. S. Mill ist, hat eine Petition für Cambridge an das Parlament geschickt, welche unter anderen von sechs Professoren der Universität Cambridge und sechszwanzig angestellten Masters of Arts unterzeichnet ist. Derselbe Verein hat auch eine von 15 Hilfslehrern, die in Harrow angestellt sind, und eine dritte von dem Director und siebenzehn Hilfslehrern der King Edwards School zu Birmingham unterzeichnete Petition an das Parlament befördert.

[Mormonen.] Auf einer Mormonenkonferenz, die am Sonntag, den 27. April, in Manchester stattfand, waren mehrere hundert „Heilige“ gegen einen vorgesehenen statistischen Bericht aufzugehen, der in dem Districte Manchester 570 Heilige, und die in der Stadt wohnenden sind von einem besonderen Verlangen auszuwandern erfüllt. Dieses Verlangen kann nicht befriedigt werden, da es an Fonds mangelt. Der Präsident der Versammlung „erinnerte sich noch der Zeit, da der Bezirk von Manchester sich 1000 Mitglieder rühmen durfte“, und er gab als Grund für die Abnahme an, daß die reicherer darunter nach Utah ausgewandert seien.

[Proces des Tichborne.] In den am 24. und 25. d. erfolgten Verhandlungen des Proces des Tichborne erzählte der Klageanwalt Herr Hawkins die Geschichte Arthur Ortons (des angeblichen Sir Roger Tichborne) bis zu seiner Ankunft in London. Er macht deutlich, wie Angelagster, als er sich in Auftritten befand, durch die Annونzen der Lady Tichborne, welche, an den Tod ihres Sohnes nicht glaubend, denselben auf diese Weise zur Rücksicht aufforderte, auf den Gedanken, als Sir Roger Tichborne aufzutreten, gekommen sein müsse. Dabei haben ihm aber seine mangelhaften Kenntnisse und seine oberflächliche Bekanntheit mit den Verhältnissen der Tichborneischen Familie böse Streiche gespielt. So zeichnete er sich Roger Tichborne, statt Roger Tichborne, in einer Weise also, wie ungebildete Engländer den Namen nach bloßem Hören schreiben würden, nannte er seine angebliche Mutter, deren Unterschrift H. F. Tichborne er gesehen, Hannah Francis, während ihr wirklicher Name Henriette Felicité lautete. Auch bei seiner Ankunft in England geriet er sich so, als wenn er Arthur Orion wäre und nicht Sir Roger. So ging er zuerst nach Wapping, seine Geburtsstätte, und erkundigte sich indirect nach seiner Familie und war beinahe von einigen als Arthur Orion erkannt worden. Auch die Begegnung mit der Lady Tichborne in Paris wird geschildert. Es war in unmittelbarer Nähe der selben und begab sich doch nicht unmittelbar zu ihr, fuhr vielmehr nach einem Hotel, diente da, stellte sich am andern Tage frant, ließ die Dame kommen, und im halbdunklen Zimmer fand die Wiedersehungs- und, wie behauptet wird, Erkennungsscene zwischen Mutter und Sohn nach jahrelanger Abwesenheit statt. Herr Hawkins zeigt, warum die Dame so gerne ihren Sohn wiedertraut, weist nach, wie sie, ohne es zu wissen, dem Betrüger durch ihr Vertrauen in die Hände arbeite, erzählt, wie Angelagster vor keinem andern Verwandten erkannt wurde, wie er einen Bedienten für seinen Onkel angesehen u. s. f. Der Angelagte bewegte während der ganzen Verhandlung kaum eine Miene und benahm sich, als wenn die ganze Angelegenheit ihn gar nicht angeginge. Bei den Verhandlungen am 26. d. kam der Klageanwalt Hawkins zu dem „versiegeltern Padete“, in welchem der wirkliche Tichborne ein gefärbtes Gefüllt einem Freunde übergeben hatte, daß im Falle er seine Cousine Doughby heirathe, er der Jungfrau Maria eine Kapelle bauen wolle. Der angebliche Tichborne, der wußte, daß das Padete vernichtet worden war, aber nicht wußte, daß auch eine Abschrift existierte, schwor, daß in dem Padete der Bericht seiner Verführung der Miss Doughby enthalten war. Herr Hawkins verweile besonders lange bei der Niederrichtigkeit dieses Meineids und ging dann in seiner Erzählung weiter.

## Provinzial-Beitung.

Breslau, 2. Mai. [Tagesbericht.]

\*\* [Postalischus.] In dem heutigen Mittagblatt (Nr. 204) mussten wir anzeigen, daß der sonst sehr regelmässig eintreffende O. C. Reichstagbericht ausgeblieben sei, seit seien wir uns genöthigt, mitzutheilen, daß Nachmittags die gesammten Berliner Zeitungen nicht eingetroffen sind. Wie wir hören, sollen sie einen anderen Cours dirigirt worden sein. Fatalitäten, welche dem Publikum, mehr aber noch den Redactionen sehr unangenehm sind.

\*\* [Bacanzen.] In nächster Zeit werden für nachstehend bezeichnete städtische Ehrenämter Wahlen vollzogen werden: 1) fünf Mitglieder der städtischen Feuer-Affecuranz-Deputation (bisher Kaufmann Schöller, Zimmermeister Chlars, Baurath Studt, Zimmermeister Sanber und Maurermeister Hayn). — Vorschläge aus dem Schoße der Bürger-chaft sind an die Wahl- und Verfassungskommission der Stadtverordneten zu richten.

\* [Bacanzen.] 1) Die evangelische Pfarrstelle in Markt Bohrau, Diöces Striblen. Patron: der Rittergutsbesitzer Hauptmann Baron von Seydlitz auf Markt Bohrau. Das Einkommen der Stelle ist durch eine inzwischen eingetretene Verbesserung auf circa 1000 Thlr. erhöht worden. 2) Das Diaconat in Lüben und Pastorat von Altstadt, mit welchem ein Einkommen von circa 470 Thlr. verbunden ist. Patronat: Landesherrlich. 3) Die evangel. Pfarrstelle in Kesselsdorf, Kreis Löwenberg, mit einem Einkommen von circa 526 Thlr. Collator: die Kirchengemeinde, vertreten durch das Kirchen-Collegium. 4) Die evangel. Pfarrstelle in Ober-Glogau, Kreis Oppeln, mit einem Einkommen von circa 440 Thlr. Patron: die Kirchengemeinde, vertreten durch den Gemeinde-Kirchenvorstand.

\* [Das Amtseinkommen der Geistlichen.] So betitelt sich ein Artikel des neuesten „Kirchlichen Wochenblatts“, der mit vollstem Recht den jetzt unerträglichen Nebelstand beleuchtet: daß nur wenige Geistliche ein ausreichendes Einkommen haben, die Mehrzahl sich mit Gehältern von 4—600 Thlr. begnügen müssen. Dazu kommt, daß bei Juristen, bei den Schulmännern und bei allen Beamtenklassen ein Aufsteigen in der Stellung und eine damit verbundene Erhöhung des Gehalts statfindet, dagegen gerade die Pastoren, welche als junge Männer von 26—30 Jahren eine Pastorstelle mit 3—400 Thlr. übernommen, als Bejahrte mit zahlreicher Familie auch nicht einen Pfennig mehr einnehmen. Endlich seien durch die neuern Maßregeln der Behörde die Stellen, und zwar gerade die schlecht dotirten am empfindlichsten, in ihren Einnahmen verkürzt worden, so durch die Decem-Ablösung vom 10. April 1865, durch die Deputat-Ablösung nach dem Gesche vom 27. April 1871 und endlich durch die neue Stola-Lore von 1871. Der Pensions-Hilfsfonds zur Unterstützung emeritirter Geistlicher wird durch die Beisteuern der Geistlichen gespeist und drückt nicht weniger auf Pleistigen, welche ohnehin schlechte Stellen haben.

Der Artikel klagt bitter darüber, daß diese gewiß berechtigten Klagen so wenig geneigte Ohren bei dem Publikum fänden. Es möglt eine Neuerung des Abgeordneten Richter, der im Abgeord-

netenhause bei der Staatsberatung geradezu sagte: „Ich will zwar den Geistlichen alle Freiheiten geben, aber keinen Pfennig Geld.“ — Wer ist denn Schuld an dieser Misachtung, ja man könnte fast sagen „Hab“ gegen die Geistlichkeit? — Wer anders als der starre, tödende Orthodoxismus, der Zelotismus, die Repressiverei! Sie haben es glücklich dahin gebracht, daß sich Tausende von der Kirche abwenden, und daß man schon nicht mehr los in den uncultivirten, sondern in Ständen, die man unausweichlich zu den gebildeten zählen muß, den ernstgemeinten Ruf hört: „fort mit den Pfaffen!“ — Lebet Liebe, Milde, Duldung! — und die Herzen werden sich wieder euch zuwenden.

[Lehrerinnen.] Unter diesem Titel bringt die neueste „Schulzeitung“ folgenden Artikel: „Die Durchführung des Beschlusses, alle leichten Stellen an Elementar-Mädchenchule mit Lehrerinnen zu belegen, befindet sich in einer beschleunigten Bewegung. Die Sache wird so gehandhabt, daß Berufungen von neuen Lehrern gegenwärtig an nicht stattfinden, vielmehr alle Vacanzen an Knabenchulen durch solche Lehrer belegt werden, die bisher an Mädchenchulen amirieren, und an deren Sielle Damen treten. Auch Damen, die in der Klasse 3 B arbeiten, werden ganz plötzlich an andere Schulen geschickt, um in eine 3 A einzutreten. Es finden in dieser Beziehung ganz ergöhnliche Scenen statt. So kam eine dieser Damen am 21. April in ihre Klasse, fand aber schon eine andere vor, welche erklärte, sie habe hier zu unterrichten. Man zieht den Hauptlehrer zu Rathe, auch der weiß nichts. Eine muß doch das Feld räumen, und in diesem Falle hat es die Ältere. Man scheint auch in der Elementarschule auf die Confessionslösigkeit hinzuarbeiten, denn eine jetzt eingetretene Dame gehört der freireligiösen Richtung an x. x.

\* \* [Redaktion gewechsel.] Die gestrige Notiz in Bezug des Wechsels des Redakteurs der ultramontanen „Volkszeitung“ bestätigt sich. Die heutige Nr. (104) dieses Blattes hat Herr Dr. A. Hager als verantwortlicher Redakteur unterzeichnet. Das bisherige Redaktions-Interimstück hat also aufgehört und das eigentlich falsche „i. B.“ (in Vertretung) — wer ist denn vertreten worden?) ist nun in Wegefall gekommen.

? [Stadt-Theater.] Der für die kaisr. Hofoper in St. Petersburg engagierte erste Tenor, Herr Marini, wird morgen ein leider nur kurzes Gastspiel als Manrico in Verdi's „Troubadour“ eröffnen. Sgr. Marini ist dem liebsten Publikum durch seine vorjährige Mitwirkung in der italienischen Oper auf das Vortheilstheater bekannt, und sind wir dem Impresario Herrn Pollini zu Dank verpflichtet, daß er uns Gelegenheit verschaffte, den trefflichen Sänger auch in dieser Stagione hören zu können.

+ [Bauliches.] Der freie Platz an der Magdalenenkirche, auf welchem sich in Folge seiner Unebenheiten bei Regenwetter immer grosse Wasserpfützen ansammelten, ist jetzt vollständig geebnet und mit gelbem Sand planiert worden. Neben den dasselb befindlichen, den Platz durchschneidenden Steintritts sind Rinnsteine zum Ablauen des Regenwassers angebracht, wodurch dem Nebelstand gänzlich abgeholfen wurde. — An der Hauptfront der alterthümlichen Kirche ist man seit mehreren Tagen mit der Aufstellung eines sehr compact konstruirten Gerüstes beschäftigt, welches sich bereits bis über das Hauptportal drei Etagen hoch erhebt. Dem Vernehmen nach wird dieses Gerüst noch um ferner 3 Etagen bis zum sogenannten Auschalter erhöht werden, und ist Herr Manneheimer Bröckling mit der Aufstellung dieser Rüstung betraut worden. Das Gotteshaus gewährt gegenwärtig in seinem Neuheren mit seinem heilweise abgefallenen Mauerputz einen sehr traurigen Anblick, da der Zahn der Zeit gewaltig an dem Außenbauwerk genagt hat. Die Kirche, die ursprünglich, — wie der Augenblick zeigt, — im Rohbau aufgeführt wurde, ist erst in späteren Jahrhundertern mit einem Kalkputz versehen worden, der sich aber bei den Unbillen des Wetters nicht bewahren konnte. Der Vorstand des Kirchencollegiums hat sich daher entschlossen, die vorhandenen Kalkreste vollständig befestigen, und die Wände wieder in ihrer ursprünglichen Schönheit, nämlich im Rohbau hervortreten zu lassen, ein Verfahren, das durch Abreibung mit Ziegeln und durch Ausfüllen der Fugen erreicht wird. Die Renovirungsarbeiten des Gotteshauses sind der bewährten Leitung des Baumeisters Schmid übertragen worden. Der Abzug der Thüre soll mittelst Fahrzeuges ins Werk gesetzt werden, da der Aufbau eines so hohen Gerüstes mit zu vielen Kosten verbunden ist. Schenken sollen die an der Kirche vorhandenen Steinmonumente und Figuren, sowie die Portale entsprechend renovirt werden. Der ganze Renovationsbau wird voraussichtlich mehrere Jahre Zeit beanspruchen, doch dürfen die Kosten der vollauf vom Kirchenvermögen bestritten werden, eine beträchtliche Höhe erreichen.

Y. [Strike-Kalender.] Neu strifen: In Berlin die „Mühlensteinarbeiter“, — in Hamburg — Altona — Ottensen — Wandsbek die „Schuhmacher“, — in Rendsburg die „Fischler“, — in Berlin die „Militär-schneider“, — in Bremen die „Schuhmacher“, — in Bergedorf die „Kohlenträger“ und in Berlin die „Fischler“. — In Aussicht resp. Vorbereitung sind Strites: für die „Fischler“ in Hamburg, — für die „Steinhauer“ in Duisburg, — für die „Cigarrenarbeiter“ in Kiel, für die „Schuhmacher“ in Flensburg, — für die „Bahn-(Werktäten)-Arbeiter“ in Buxtehude, für die „Schuhmacher“ in Bielefeld, für die „Bahnarbeiter“ in Neu-Strelitz und für die „Schuhmacher“ in Magdeburg. — Beendet sind die Strites: der „Schuhmacher“ in Pforzheim, — der „Arbeiter der Actienstahlfabrik“ in Brandenburg a. H. und der „Schneider“ in Braunschweig. — Außerdem schlossen sich von den zum „Strike“ commandirten 500 Gartnergehilfen Berlins“ nur sehr wenige dem Strike an, so daß — wie der betreffende Bericht sagt — wegen „Mangel an Organisation“ der Strike vom Comite für beendet erklärt werden mußte.

+ [Besuchter Selbstmord — Unglücksfall.] Die Witwe K. versuchte gestern, nachdem sie die Thür des Wohnzimmers von innen verriegelt hatte, ihrem Leben dadurch ein Ende zu machen, daß sie sich mit einem Rasiermesser in die Kehle schnitt. In Folge Söhnens und Nöbels der Unglücks wurden die Nebenbewohner aufmerksam, und nachdem man mit Gewalt in die Stube gebrungen, fand man die bedauernswerte Frau im Blut liegend vor. In die Krankenanstalt des barthärzigen Brüderlusters, wosin die Bewußtlose vorläufig geföfft, und ihr der erste Verband angelegt wurde, stellte es sich heraus, daß sie sich die Lufttröhre durchschneidet hatte. Verlegtes Chrgesch, weil sie eine 7-jährige Gefängnisstrafe wegen Habserei verhängt sollte, sind als Motive zu dieser traurigen That gewesen. — In der Hauswirtschafts-Breitseite-Deputation verunglückte gestern der dort beschäftigte Arbeiter Kinn e dadurch, daß er beim Einlegen eines Treibriemens von der Welle der in Bewegung gesetzten Dampfmaschine erfaßt, mehrere Male mit umgedreht, und mit dem Kopf an das Deckengewölbe geschockt wurde. Dem Verunglückten, welcher hierbei einige sehr bedeutende Contusionen am Hinterkopfe erlitt, wurde auch noch durch die Gewalt des Treibriemens die eine Seite seines Nackenbartes sammt der Haut losgerissen.

+ [Polizeiliches.] Der wegen Diebstahls und Betrugs steckbrieflich verfolgte flüchtige Haushälter Gabi, der zuletzt auf dem Ringe einem dort wohnhaften Kaufmann eine Nähmaschine gestohlen hatte, ist auf Requisition der hiesigen Polizeibehörde gestern in Hamburg verhaftet worden.

m. Sprottau, 1. Mai. [Verschiedenes.] Aufsorge der jetzt einzuführenden Kreisordnung hat die Feststellung der Mitgliederzahl des Kreistages, sowie die Vertheilung der Kreistags-Abgeordneten auf die Wahlverbände durch den Königl. Landrat Grafen Kanitz, unter Buziehung dreier Mitglieder des gegenwärtigen Kreistages und eines Prototypföhlers stattgefunden. Die Civilbedölfung des Kreises beträgt 33.404 Seelen, demnach hat der Kreis 26 Abgeordnete zu wählen. Auf einen Abgeordneten kommen also 1285 Seelen. Die städtische Bevölkerung beträgt 7607, so daß seitens des Wahlverbandes der beiden Städte 6 Abgeordnete zu wählen sind. Von den übrigen 20 Abgeordneten entfallen nach Entscheidung des Loses auf die Wahlverbände der grösseren Grundbesitzer und auf die der Landgemeinden je 10 Abgeordnete. — Die jetzt ausgesteute „Neusalz-Sprottau-Kohlfurther“ Bahn geht von Neusalz aus auf Freistadt, dringt zwischen Großenböhren und Neusenfeldau hindurch, läuft Hartau und Hirndorf rechts und erreicht den hiesigen Bahnhof. Von hier wendet sie sich in einer grösseren Kurve auf Klein-Eulau zu, überquert dort den Bober, nimmt die Richtung auf Schöndorf und Liebitz, läuft durch den Wallmizer Forst und am Tiefenfurth vorbei und mündet in Koblenz. — Nach dem jetzt veröffentlichten Bericht des Vorstehers des Vereins schloss das jetzt abgelaufene 13. Geschäftsjahr mit einer Mitgliederzahl von 260 Personen. Die Aktiva und Passiva balancieren in der Höhe von 29.089 Thlr. 6 Sgr. 7 Pf. Die zur Vertheilung gelangte Dividende beträgt 11% p. Et. — In den letzten Lagen drohte unter dem grössten Theile der hiesigen Maurergesellen ein Strike auszubrechen. Dieselben beanspruchten ein Tagelohn von 25 Sgr., während ihnen bisher 20 Sgr. gezahlt wurden; da indeß die Meister der gestellten Anträge nicht nachkamen, so schien es allen Anzeichen nach, als würde

am vorigen Montag Arbeitseinstellung erfolgen. Eine zu letzter Stunde zwischen Meistern und Gesellen nochmals geführte Unterhandlung hat jedoch zu einer Einigung geführt, bei der von beiden Seiten Concessiones gemacht worden sind.

J. P. Warmbrunn, 1. Mai. [Witterungsbericht pro April.] Bitterer hat uns wohl kein Monat getäuscht, als der April. Er begann sein Regiment im schönsten Glanz des Frühlings und ließ uns hoffen, daß er — wie seine Vorläufer — eine ruhende Ausnahme von den alten Regel melden würde. Aber der Hochmuth kam auch hier — wie bei einer gewissen politisch-religiösen Clique — vor dem Fall. Man soll den Tag nicht vor dem Avent und den April nicht vor seinem Ende loben. Er endete als ganz ordinärer April, als Marodeur des winterlichen Nachtrabs, als jener verloderte Gesell, durch den uns Altbau in der Regel seine leichten schwarzen Mützen in weißen Mützen um die Nase spielen läßt, so daß uns hören und Sehen vergeht und 2—3 gräßige Eisgräben den ergrauten Schnurbarten betrodden. — Im Ganzen war das Wetter Früh: an 15 Tagen heiter, darunter an 9 Morgen (10., 11., 14.—17., 25.—27.) kalter Reif, an 3 Tagen (3., 4., 28.) Reif und Nebel, am 20. Nebel mit Regen, am 9. und 23. Nebel mit Schnee, am 8. und 29. Regen, am 24. und 30. Schneefälle, am 6. Regen und Schnee und an 4 Tagen (5., 13., 21., 22.) tübe; — Mittags: an 11 Tagen heiter, am 3., 17. Nebel, am 20. Nebel mit Regen, am 23. Nebel mit Schnee, am 9. und 29. Regen, am 24. und 30. Schneetreiben, am 7. Regen und Schnee, am 18. und 19. Gewitter auf dem Gebirge und westlich des Thales, und an 8 Tagen tübe; — Abends: an 16 Tagen heiter, am 3. Nebel, am 7. und 20. Nebel mit Regen, am 19. und 22. Regen, am 4. (8.—30.) Schneetreiben, am 5. Regen und an 4 Tagen tübe; — Windrichtung, Früh: Ost am 24., Süd am 1., 2., 11., 16.—17., 27., Süd am 12., Süd am 5., 7., 30., West am 2., 29., NW. am 4., 8., 9., 21., 22., Süd am 3., 20., 28., NW. am 10., 13.—15., 19., 23., 25., 26.; — Mittags: Süd am 1., 2., 11., 16.—18., 27., SW. am 5., 29., W. am 6., 12., NW. am 4., 8., 21., 22., 28., 30., Süd am 3., 7., 9., 26., ND. am 10., 13.—15., 19., 20., 23., 25.; — Abends: O. am 26., Süd am 1., 2., 11., 16.—18., SW. am 5., 27., ND. am 4., 8., 21., 22., 30., Süd am 3., 7., ND. am 9., 10., 13.—15., 19., 20., 23.—25.; — Temperatur, Früh 6 Uhr: am wärmsten den 19. + 9°, am kältesten den 25. — 3°; — Temperatur, Früh 6 Uhr: am wärmsten den 19. + 9°, am kältesten den 19. + 3°, — Temperatur des Monats: + 9°, Abweichung vom Mittel + 1, Durchschnitts-Temperatur des Monats: + 10°, Abweichung vom Mittel + 1, 25. mithin wärmer als im März nur 0°, 46, als im Februar 4°, 07 und als im Januar 5°, 54, in Breslau am wärmsten den 18. + 9°, am kältesten den 25. — 2°; — Mittel + 3°, Durchschnitts-Temperatur des Monats + 2°, 32, mithin in Warmbrunn kälter als in Breslau 0°, 72; — in Berlin am wärmsten den 18. + 6°, am kältesten den 25. — 0°, 1, Mittel 3°, 35, Durchschnitts-Temperatur des Monats + 3°, 60, mithin in Warmbrunn kälter als in Berlin: 2°; — Nachmittags 2 Uhr: höchste Wärme am 18. + 18°, niedrigste am 30. + 0°, 5, Mittel + 8°, 75, Durchschnitts-Temperatur des Monats + 10°, Abweichung vom Mittel — 1, 65, mithin wärmer als im März nur 0°, 46, als im Februar 4°, 07 und als im Januar 5°, 54, in Breslau höchste Wärme den 18. + 17°, niedrigste am 9. + 2°, Mittel + 10°, Durchschnitts-Temperatur des Monats + 8°, 69, mithin in Warmbrunn wärmer als in Breslau 1°, 31; — Abends 10 Uhr: am wärmsten den 18. + 9°, am kältesten den 25. + 2°, Mittel 3°, Durchschnitts-Temperatur des Monats: 2°, 32, Abweichung vom Mittel — 0, 88, mithin wärmer als im März nur 0°, 46, als im Februar 4°, 07 und als im Januar 5°, 54, in Breslau wärmer als in Warmbrunn 1°

anzeiger nun auch an die Stadtbehörden gelangt und wurde in gestriger Stadtverordneten-Sitzung zur Kenntnis gebracht. In derselben wurde ein Statuten-Nachtrag für die städtische Sparkasse genehmigt, welcher sehr dankenswerte Erleichterungen und Verbesserungen des Sparkassen-Berichts enthält; so die Bestimmung, daß die Einlagen auch zum Anfang von Wechseln, welche den Ansforderungen der preußischen Bank genügen, verwendet werden können; ferner, daß die Verzinsung 3% p.C. beträgt und nur für volle Thaler erfolgt; die zurückforderten Einlagen können sofort gezahlt werden, wenn der Zustand der Kasse es erlaubt; verpflichtet ist die Kasse dazu nur bei Beträgen bis zu 10 Thlr. mit der Beschränkung, daß derselbe Einleger zu weiteren Abhebungen nur von 14 zu 14 Tagen berechtigt ist; die Kündigungsschriften betragen 14 Tage (bei 10 bis 50 Thalern), vier Wochen (bei 50 bis 100 Thalern), drei Monate (von 100 Thalern aufwärts); neue Kündigungen werden immer erst nach Ablauf dieser Fristen entgegen genommen. Eine Commission soll neue oder im Bau begriffene Wasserwerks-Anlagen in den Städten Breslau, Schweidnitz und Görlitz besichtigen, da man aus Mitteln der Stadtanleihe das hier seit Jahrzehnten bestehende städtische Wasserwerk durch ein neues Hochbassin erweitern und aus der Anschauung ähnlicher Anlagen in anderen Orten Nutzen ziehen will; dieser Commission ist nächst dem die Verwaltung des Wasserwerks leitenden Stadtrath und dem Stadtverordneten Albg. eingerichtet worden auch noch der Bürgermeister ersucht worden, nächstdem ein auswärtiger, derselbst hier angestellter und bei Erbauung unseres Wasserwerks thätiger Techniker. — In einer Ablösungssache zwischen Stadt- und evangelischer Kirchengemeinde, betreffend Zinsgetreide, hat das Kirchengremium den Magistrat zur Anerkennung einer höheren Ablösungssumme gebracht, indem es ihm nachwies, daß eine vor Erlass des bezüglichen Gesetzes von 1872 mit der Kirchengemeinde getroffene Vereinbarung bezüglich der Kirchenbeamten auf Grund dieses Gesetzes unverbindlich sei und damit auch die nach früheren Marktpreisen billiger bemessene Ablösungssumme. — Für den in diesem Sommer hier abzuhaltenen schlesischen Sängertag beantragte der hiesige Männergesang-Verein aus städtischen Mitteln einen Festbeitrag, welchen der Magistrat auf 200 Thlr. bemessen will und den die Stadtverordneten-Versammlung wohl auch genehmigen wird. — Im Gebäude der neuen Gewerbeschule ist nun endlich wenigstens derjenige Theil des Erdgeschosses zur Aufnahme von Schülern hergerichtet worden, welcher die Vorbereitungsklassen und die „Gewerbeauschule“ genannte, aus alleinigen städtischen Mitteln bestrittene, niedere Gewerbeschule enthält; letztere ist durch neuen Zutritt so stark besetzt, daß die bezeichneten Räume im neuen Gebäude beinahe dicht gefüllt sind; die Unterrichtsräume im Schäffischen Stiftungsbau „Gewerbehaus“ würden bei Weitem nicht mehr zureichen und werden auch für die in demselben Hause befindliche, immer mehr ausblühende „Gewerbeschule für Mädchen“ beansprucht, deren Schülerinnen-Zahl von hier und auswärts (theilweise aus weiter Ferne) so sehr gewachsen ist, daß nicht allein die bisherigen Unterrichtsräume dieser jungen Anstalt unzureichend geworden sind, sondern auch in einzelnen Lehrgegenständen, wie Deutsch und Französisch, Parallelklasse errichtet werden müssen und zwei jungen Lehrerinnen hierelbst überwiesen wurden. — Die von Ihnen unserem „Oberblatt“ bereits entnommene Notiz über die künstliche Verwendung des zu den Staatsforsten gehörigen, eine kleine Stunde von hier gelegenen Oderwaldes zu Kaiserlichen Jagden, ist auch uns wiederholt mitgetheilt und bestätigt worden; Fürst Pless, welcher in der Ober-hofchore eines Ersten Jägermeisters, wenn wir nicht irren, dem verstorbenen Grafen Gherard Stolberg gefolgt ist, soll in der That ein für den gebachten Zweck sehr förderliches Urtheil über den mir zu wenig bekannten schönen Waldbezirk abgegeben haben; Forstländischen und wissenschaftlichen Waldpflzern ist dieses weite schöne Laubgeböld nicht fremd als eine Culturstätte der verbliebenen Holzarten; seine Schatten dämmern über einem vorgeschichtlichen Geheimniß dem früher für einen christlichen Bischofssitz angesehenen, nach neuerer Geschichtsdeutung wohl aber für ein Denkmal aus grauer germanischer Vorzeit anzusehenden „Ritscheberg“; an seinem nördlichen Rande sollte die Bahlinne Brieg-Oels und die von ihr an seiner Grenze sich abweigende rechtsufrige Eisenstraße Brieg-Breslau hingehen und wird es vielleicht auch derselbst und hoffentlich nicht in unentbehrlicher Notwendigkeit, daß der Güter-Verkehr zwischen Oberschlesien, Breslau und weiterhin die neue und wirkliche, weil nahe am Ufer zu erbauende „Rechte-Oder-Ufer-Bahn“ längst gefordert hat, und daß mit einer monopolistirenden Ausbeutung doch schließlich ein Ende gemacht werden muß, abgesehen davon, daß eine durch die neue Linie Breslau-Brieg-Oppeln nebst Brieg-Oels erwachsende Concurrenz bestehendes nicht beeinträchtigt und nur dem stockenden Verkehr dient, welcher durch jenes nicht bewältigt werden kann.

## Handel, Industrie &c.

**Breslau, 2. Mai.** [Von der Börse.] Die Börse eröffnete, wenn auch zu niedrigeren Coursen, doch in ziemlich fester Stimmung. Nach dem Eintreffen der sehr ungünstig lautenden Wiener Course ermittelte jedoch die Haltung der Börse, daß Angebot trat dringend auf und die Course, insbesondere der Speculations- und Bergwerkpapiere, fielen um Procente. Gegen Schluss der Börse trat eine Erholung ein und war die Nachbörse wesentlich fester.

Creditactien pr. ult. 196—195 1/4 bez. u. Br.; Lombarden 115% bis 16 1/4 bez. u. Br.

Von Bankaktien waren Schles. Bankvereinsanteile sehr belebt 147—1 1/2—147 bez.

Eisenbahnen leblos.

Industriepapiere stark schwankend. Laurahütte pr. ult. 231—228 1/4 bez. u. Br.; Oberschl. Eisenbahnbedarf-Aktien stark angeboten, eröffneten 152 und schlossen 148 1/2 Br.

**Breslau, 2. Mai.** [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Roggen (pr. 1000 Kilogr.) niedriger, gel. 2000 Cr., abgelaufene Kündigungsschreine —, pr. Mai 57% Thlr. bezahlt und Br., Mai-Juni 56% —% Thlr. bezahlt, Juni-Juli 56 1/2 Thlr. bezahlt, Juli-August 55 Thlr. Br., September-October 53 Thlr. Br., October-November 52% Thlr. Br.

Weizen (pr. 1000 Kilogr.) pr. Mai 89 Thlr. Br.

Gefüste (pr. 1000 Kilogr.) pr. Mai 56 Thlr. Br.

Hafer (pr. 1000 Kilogr.) gel. — Cr. pr. Mai 45—4 Thlr. bezahlt.

Raps (pr. 1000 Kilogr.) pr. Mai 98 Thlr. Br.

Rübsöl (pr. 100 Kilogr.) etwas matter, gel. 400 Cr., loco 22 Thlr. Br.

Br. Mai 21% Thlr. bezahlt, Mai-Juni 21 1/2 Thlr. bezahlt, Juni-Juli —, September-October 23 1/2 —% Thlr. bezahlt, Br. u. Br.

Spiritus (pr. 100 Liter a 100%) matter, gel. 30,000 Liter, loco 17% Thlr. Br., 17% Thlr. Br., pr. Mai und Mai-Juni 17 1/2 —% Thlr. bezahlt und Br., Juni-Juli 18 1/2 Thlr. Br., Juli-August 18 1/2 Thlr. Br., August-September 18 1/2 Thlr. Br.

Bind ohne Umsatz.

## Die Börsen-Commission.

**Posen, 1. Mai.** [Producten-Bericht von Lewin Berwin Söhne.] Roggen: (pr. 1000 Kilogramm) fest. Kündigungsschreine 53%. Gel. 25 Mayl. Mai 53 1/2 —% bez. u. Br., Mai-Juni 53 1/2 —% bez. u. Br., Juni-Juli 54 1/2 bez. u. Br., 54% Br., Juli-August 54 bez. u. Br., Herbst 52 1/2 bez. u. Br. — Spiritus (pr. 1000 Liter %) laufende Termine geprüft, spätere Sichten beobachtet. Kündigungsschreine 17%. Gel. 200,000 Liter. Mai 17% bez. u. Br., Juni 17 1/2 —% bez. u. Br., Juli 18 bez. u. Br., August 18 1/2 Br., 18% Br., September —.

**Posen**: Posener Bericht. Weizen: begehrt, pr. 1050 Kilogramm seiner 90—95 Thlr., mittel 80—85 Thlr., ordinar und defect 70—75 Thlr. — Roggen: gefragt, pr. 1000 Kilogr. seiner 55—58 Thlr., mittel 52—54 Thlr., ordinär 50—51 Thlr. — Gerste: ohne Angebot, pr. 925 Kilogr. seine 49—53 Thlr., mittel und ordinär 44—47 Thlr. — Hafer: beachtet, pr. 625 Kilogramm seiner 30—33 Thlr., mittel u. defect 27—29 Thlr. — Erbien: unverändert, pr. 1125 Kilogramm. Koch-Erbien 50—54 Thlr., Butter-Erbien 44—47 Thlr. — Lupinen: preishaltend, pr. 1000 Kilogramm gelbe 33—37% Thlr., blaue 28—31 Thlr. — Widen: matter, pr. 1000 Kilogr. 34—38 Thlr. — Delfsäaten: pr. 50 Kilogr. Stav — Thlr. Raps — Thlr. — Leinsamen: ohne Umsatz, pr. 50 Kilogr. 75—85 Thlr. — Klei matt, weiß 10—20, roth 12—18 Thlr. — Buchweizen: geschäftlos, pr. 75 Kilogramm 46—50 Thlr. — Feinste Waaren über 1000 Thlr. — Weizen: Regnerisch.

\* **Gleiwitz, 28. April.** [Handelskammer.] In der am heutigen Tage abgehaltenen Sitzung der Handelskammer, welcher zehn Mitglieder bewohnen, wurde nach erfolgter Konstitution Herr Commercierrath Friedländer als erster, Herr Director Brand als zweiter Vorsitzender für das

laufende Geschäftsjahr wiedergewählt. — Zur Revision der von der hiesigen Kammerreise eingereichten Jahresrechnung der Handelskammer wurden zwei Mitglieder gewählt. — Der nächste Gegenstand der Tagesordnung: Antrag eines Mitgliedes, betreffend die Ausführung der §§ 11—13 und 16 des Gesetzes vom 24. Februar 1870, wurde angenommen mit der Bestimmung, daß die Aufstellung der Wählerliste künftig nach den Gewerbesteuerrollen des alten Jahres zu geschehen habe, da diejenigen des neuen Jahres erst im Laufe des Monats Januar können zur Benutzung gestellt werden. — Über eine Anfrage des Königl. Kreisgerichts zu Groß-Strehlitz, betreffend Zahlungsziel bei Warenlieferungen, wie aus der beigefügten Klagererechnung zu ersehen, soll, da die Ansichten erheblich auseinander gingen, nach Einholung von Gutachten von Geschäftsmännern dieser Branche, in der nächsten Sitzung Beschluß gefasst werden. — Beireffend die Beantwortung der über die Arbeitsergebnisse der Oberschlesien Seitens des Bl. Ausschusses gestellten Fragen, beschließt die Versammlung, in die beideren Commissionen, welchen das Recht der Cooptation zusteht sol, zu berathen. Zu Vorsitzenden dieser Commissionen werden gewählt: Für den Kreis Gleiwitz Herr Commercierrath Hegenscheidt, für den Kreis Pleß Herr Kaufmann Teodor Mahr, für den Kreis Rybnik Herr Apotheker Frize sen. — Nach der darauf erfolgten Vorlesung eines von der Königl. Regierung zu Oppeln überlandten Ministerialeressirts sowie der auf den Antrag der Handelskammer, betreffend Beilängerung der Entlastungsfristen, eingegangenen Antwort der Königl. Direction der Oberschlesischen Eisenbahn, wonach für die Station Gleiwitz ausnahmsweise die Entlastungsfrist für losgeladenes Getreide um 2 Stunden verlängert wird, beschließt die Versammlung den Entwurf des Jahresberichtes vor definitiver Annahme einer Commission von drei Mitgliedern zur Begutachtung zu überweisen.

Leipzig, 30. April. [Messbericht.] Häute und Felle. Von rohen Kindhäuten war wenig Auswahl vorhanden, meist untergeordnete Ware, die zu etwas gedrückten Preisen von süddeutschen Käufern genommen wurde. Rothige Winterhäute aus Westpreußen und dem Herzogthum Polen wurden mit 37 bis 38 Thlr. pr. Cr. und darunter bezahlt. Von Rossköpfen war ziemlich viel Secunda-Ware zugeführt; leicht brachte 46—48 Thlr. bestre 50 Thlr. per Decher. Kalbfelle waren wenig vorhanden und sah ohne Geschäft. Geringe Ware in ohne Begehr, schöne dagegen wird fest gehalten. Für Prima sächsische Kalbfelle wurden vergeblich 23% Sgr. per Pf. geboten. Von Schaffellen ist sehr wenig am Platze. Zickelfelle sind gegen voriges Jahr in sächsischer Prima-Ware ca. 40—50 p.C. billiger offerirt und in gleichem Verhältniß auch die geringeren Qualitäten. Händler und französische Fabrikanten sind jedoch durch die sehr gefürchtete Lage des Handschuhgeschäfts in Frankreich und Amerika so entmutigt, daß sie auch hierzu noch nicht laufen wollen, obgleich die Preise nominell sind.

**Wien, 1. Mai.** [Donau-Oder-Canal.] Bekanntlich hat der den Donau-Oder-Canal betreffende Gesetzentwurf sehr wesentliche Modifikationen erfahren, speziell infowit es sich um die Tarifbestimmungen desselben handelt. Wie man nun hört, hat die Unternehmung des Canals an den Handelsminister eine Eingabe gerichtet, in welcher die Nachtheile, die für das Unternehmen aus den Änderungen des Entwurfs resultieren, des Breiteren erörtert werden. Zugleich proponirt die Unternehmung, dem Canal die Garantie des Staates zu gewähren, wogegen die Gesellschaft die Verpflichtung zu übernehmen sich anheisig macht, nach zehn Jahren 10 p.C. des Reingewinnes an den Staat abzuführen.

**London, 2. Mai.** Die gestrige Woll-Auction war in der Tendenz fester und stetig.

## Berlin, 2. Mai. Versicherungs-Gesellschaften.

Name der Gesellschaft	1871.	1872.	Bindungs-	Bindungs-	Der Gours	Der Gours	Cours.
	Dis. pr.	Dis. pr.	Dis. pr.	Dis. pr.	Verhältnis	Verhältnis	
Nachen-Münchener Feuer-Vers.-G.	51	46	4	1/5.	pr. St.	2325 B.	
Nachen-Rückversich.-Ges.	41 1/2	35	fr. 8.	—	do.	605 G.	
Allg. Eisen-Vers.-Ges. zu Berlin	21	23	4	do.	p.C.	133 B.	
Baseler Transport-Versich.-Ges.	7	—	fr. 8.	—	do.	—	
Berl. Land- u. Wassertransp.-V.-G.	36	25	fr. 8.	—	do.	270 G.	
Berl. Feuer-Versich.-Anstalt	25	19 1/2	4	1/1.	do.	380 B.	
Berl. Hagel-Asecuranz-Ges.	34 1/2	0	4	do.	do.	145% G.	
Berl. Lebens-Versich.-Ges.	22	17 1/2	5	5	do.	700 B.	
Colonia, Feuer-Versich.-G. zu Köln	55	55	4	do.	do.	579 B.	
Concordia, Lebens-V.-G. zu Köln	13 1/2	15	4	do.	do.	125 G.	
Deutsche Feuer-V.-G. zu Berlin	0	4	do.	do.	do.	—	
Deutsche Transport-Versich.-Ges.	—	—	5	1/7.	do.	105 B.	
Dresdner allg. Transport-V.-G.	40	—	4	do.	do.	300 G.	
Düsseldorfer allg. Transport-V.-G.	35	—	4	1/1.	do.	—	
Elberfelder Feuer-Versich.-Ges.	37 1/2	32 1/2	5	1/1.	do.	—	
Fortuna, allg. V.-Act.-G. zu Berlin	12	—	fr. 8.	—	do.	305 G.	
Germany, Lebens-V.-G. zu Stettin	5	12 1/2	fr. 8.	—	do.	121 1/2 B.	
Glaubacher Feuer-Versich.-Ges.	12 1/2	12 1/2	4	1/1.	p.C.	—	
Königliche Rückversich.-Ges.	0	6	4	do.	do.	104 1/2 B.	
Königliche Rückversich.-Ges.	12	—	4	do.	do.	119 B.	
Leipziger Feuer-Versich.-Ges.	86 1/2	—	4	1/6.	pr. St.	—	
Magdeburger Allg. Versich.-Ges.	45	14 1/2	4	1/1.	pr. St.	100 B.	
Magdeburger Feuer-Versich.-Ges.	6 1/2	0	5	do.	do.	860 B.	
Magdeburger Hagel-Versich.-Ges.	2 1/2	6	5	do.	do.	70 B.	
Magdeburger Lebens-Versich.-Ges.	14	5	5	do.	p.C.	100 B.	
Magdeburger Rückversich.-Ges.	7	7	5	1/7.	do.	175 G.	
Meddebn. Leb.-Versich.-u. Sparbank	56	—	5	1/1.	do.	245 G.	
Niederr. Güter-Versich.-G. zu Wezel	5 1/2	5	4	do.	pr. St.	100 B.	
Oldenb. Lebens-V.-G. zu Berlin	5 1/2	5	4	do.	pr. St.	100 B.	
Breis. Hagel-Versich.-Ges.	0	0	4	1/1.	do.	84 B.	
Breis. Hyp.-B.-Act.-G. zu Berlin	12	16 1/2	4	do.	do.	121 b. G.	
Breis. Lebens-V.-Ges.	7	7	4	do.	do.	103 G.	
Breis. National-V.-G. zu Stettin	26	18	4	do.	p.C.	127 B.	
Providentia, V.-G. zu Frankf. a. M.	4	—	4	do.	do.	113 1/2 G.	
Reinisch-Westfälischer Lloyd	12	12	4	do.	pr. St.	211 G.	
Rheinisch-Westfäl. Rück							